Mittwoch, 11. Juli 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 153

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15 000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis. f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M, Reklameteil 1000.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Wahrsager.

Da man jetzt in Frankreich von den Erfolgen der glorreichen Armee nicht so recht überzeugt werden kann, verlegt man sich auf die Hoffnungen, die ja, wenn sie geschickt propagiert werden, auch bei der großen Masse den Eindruck nicht verfehlen. Zu jeder Zeit, in denen sich große Völkerkrisen vorbereitet oder abgespielt haben, war man vertrauensselig genug zu glauben, was irgendein geschickter Retoriker mit blendenden Geistesblitzen von sich gab. Auch heute ist die Zeit, da man auf jeden Wahrsager blind vertraut, besonders wenn er eine offiziöse Persönlichkeit ist. Mag er sich auch früher mehr als einmal getäuscht haben.

So hat im Jahre 1913 die Zeitschrift „März“ eine Rundfrage erlassen, die von allen führenden Persönlichkeiten beantwortet werden sollte und zum Teil auch beantwortet worden ist. Diese Rundfrage lautete: „Wird es einen europäischen Krieg geben?“ André Tardieu, bereits damals eine Persönlichkeit, von der politischer Weitblick im eigenen Lande vorausgesetzt wurde, beantwortete die Frage sehr interessant, und zwar in doppeltem Sinne, so daß es sich lohnt, diese Antwort zu betrachten. Er antwortete nämlich auf diese Frage mit einer glatten Verneinung und begründete seine Antwort etwa folgendermaßen:

„Sie haben Ihre Frage ganz richtig gestellt, denn im Grunde ist es die wirklich einzige Frage, die heute ganz Europa von Grund auf zur Teilnahme bewegt. Ich sage darauf: Nein. Meine Gründe sind folgende: Es gibt in Europa keine Regierung — ich will nur von den Großmächten sprechen — die den Krieg will. Alle großen Regierungen sind in gleichem Maße für den Frieden gestimmt. Vergegenwärtigen Sie sich die Großmächte und ihre Staatsoberhäupter, die heute die leitenden politischen Grundsätze festgelegt haben, und nehmen Sie auch die führenden Minister: Wilhelm II., Franz Josef, Viktor Emanuel, Nikolaus II., Gregor V., den Präsidenten Fallières, die Minister v. Bethmann-Hollweg, Graf Berchthold, Marquis di San Guilano, Sasonow, Sir Edward Grey, Poincaré. Sind Sie der Meinung, daß sich unter diesen Persönlichkeiten auch nur eine befindet, die fähig wäre, einen Angriffskrieg zu wollen, ihn vorzubereiten oder zu entfesseln, wie es einst Napoleon und Bismarck getan haben? Ich glaube das nicht. Jede Regierung hat im besonderen und gerade gegenwärtig besonders lebhaft Ursachen, den Frieden zu wollen. Seit dreißig Jahren, d. h. solange die heute herrschenden diplomatischen Systeme angenommen worden sind, hat es sehr oft Gelegenheit zum Kriege gegeben und dennoch blieb der Friede siegreich. Das diplomatische System Europas läßt den Ausbruch eines Krieges nicht befürchten, denn in dem heutigen System sind die Kräfte des Friedens, den Kräften des Krieges überlegen. Die große Nervosität Europas ist eine alte Geschichte, und alle Regierungen versuchen es, ihre Interessen zu verteidigen wie gewiegte Kartenspieler: durch den Bluff. Bluff in der Marokkoaffäre, Bluff in der Kongofrage, Bluff im Orient.....

Im übrigen herrscht in Europa selbst große Unklarheit über den Wert der militärischen Hilfsmittel im Kriege. Ich glaube es deshalb nicht, daß der Friede gestört werden kann, solange zwei Forderungen erfüllt bleiben, das diplomatische System darf sich nicht ändern und die militärischen Rüstungen eines Volkes dürfen nicht geringer werden. Ich glaube an den Frieden, weil der Friede bewaffnet ist.“

Diese Wahrsagung Tardieus ist erst vor kurzem in einer französischen Zeitung hervorgesucht und wieder veröffentlicht worden, wobei die Bemerkung zu lesen war, daß dieser Friede für ein ganzes Menschenalter verschwunden ist, weil er allzustark bewaffnet war. Heute hat Herr Tardieu seine Meinung geändert, und er sagt wieder in die Zukunft, jedoch mit ganz anderen Augen und mit ganz anderen Mitteln als damals, als noch von einer solchen Katastrophe sein Herz nicht beeinflußt gewesen. Heute hat natürlich der „zweite Sieg“ über Deutschland seine Seele erfaßt und er vertraut und prophezeit diesen „zweiten Sieg“, der natürlich nur unter seinem Einfluß gesehen wird. Tardieu hat sich im Jahre 1913 geirrt, es wäre gut, wenn eine kurze, noch in der Zukunft liegende Frist ihn abermals zu einem Winkelpropheten machte. Sein Seherblick sah damals den Krieg gar nicht, und auf seine Friedenshymne kam der Krieg, hoffen wir, das jetzt auf seinen Haßgesang der wahre Frieden folgt.

Freilich ist dieser Frieden nicht von heute auf morgen zu erwarten und Wahrsagungen sind geradezu in Dingen der Politik nicht die führenden Momente. Immerhin ist es lehrreich, in diesem Lichte die Zeit zu betrachten, die sich in Frankreich spiegelt und dem Volke eine Gloriole um die Stirne webt. Ja, es gibt noch andere Propheten in Paris, die auch sich mit dieser Kunst der Zukunftsdeutung befassen und, wie es scheinen will, mit besserem Glück. Gustave Hervé schrieb im Jahre 1921, damals, als das Kabinett Leygues zurückgetreten war, und in der Presse die Frage eifrig besprochen wurde, wer denn nun eigentlich Ministerpräsident werden solle, Briand oder Poincaré: „Trotz seiner großen geistigen Fähigkeiten ist Poincaré nicht der rechte Mann für den Posten des Ministerpräsidenten, denn seine Tätigkeit im Außenministerium bedeutet eine ernste Gefahr. In Frankreich würde die Hälfte der Bevölkerung wieder zu glauben beginnen, daß ein neuer Krieg anfangen solle. Poincaré wird in seinem Eifer nicht eher ruhig sein, bis er Deutschland matt und schwach gemacht, und er würde so energisch arbeiten, daß Frankreich bald genug gezwungen sein wird, sein Heer zu vergrößern, um das Ruhrgebiet, vielleicht auch Bayern und dann Berlin zu besetzen....

Unseren Verbündeten aber wird er als der rachsüchtige Patriot vor Augen stehen, der mit dem Vertrag von Versailles nicht zufrieden ist und der das Bestreben hat, die Karten des politischen Spieles in Verwirrung zu bringen. Er würde jede Gelegenheit wahrnehmen, um das linke Rheinufer zu annektieren. Wenn er an die Regierung kommt, dann wird es leicht sein, über Frankreichs Imperialismus herzufallen. Freilich mit Unrecht, doch der Schein wird Recht geben. Man wird glauben und bestärkt werden in dem Gedanken, daß Frankreich in die Flut des Nationalismus hineingeraten ist, und man wird in unserer Politik eine Gefahr für Europa sehen. Mit einem Mann von der scharfen und spitzen Art Poincarés werden alle unseren Verbündeten bald starke Krankheitserscheinungen zeigen.“

Von dieser letzten Prophezeiung, die damals nicht ernst genommen worden ist, hat sich heute jedes Wort erfüllt. Lediglich Bayern und Berlin sind noch nicht von Tanks und Militär überflutet. Heute weiß schließlich jeder, daß man in Frankreich auch davon bereits sprach, wenn auch in den Blättern und Kreisen, die dem blindesten Fanatismus ihre Seele verschrieben haben. Sonst kam alles ganz so bis auf die Erscheinungen der Krankheit bei den Freunden.

Heute hat sich auch Herr Hervé eine andere Meinung gebildet: er gehört nun auch zu der großen Schar der reuig in die Arme des Vaters zurückgekehrten verlorenen Söhne. Nun ist für ihn Poincaré nicht mehr eine Gefahr, sondern die Rettung, der Quell, aus dem Erquickung für alle Dürstenden fließt. Heute kümmert ihn die Ruhrbesetzung nichts mehr, wie damals, heute erscheint sie auch ihm nicht mehr bedenklich und auch das, was die Freunde Frankreichs zu diesem Schritt sagen, verursacht ihm heute auch keine Atmungsbeschwerden. Im Gegenteil, sie tun alle so, als ob mit einem Mal das Heilserum zur Gesundung des kranken Europa gefunden sei. Sie glauben stärker als jemals an die Kraft ihrer Keule und an die Wirkung ihrer Morphiumdosis von „Vaterlandsliebe“. Gleichgültig darum, ob auch rings um sie rauchlose Schornsteine stehen, ganz gleichgültig darum, ob auch ganze Völker in Angst vor dem Kommenden beben.

Zwei Wahrsager sahen wir eben, von denen der erste sich geirrt, während der zweite die Wahrheit sah. Poincaré ist mit beiden bald einig geworden, weil ihn die größere Zähigkeit auszeichnet und weil er die Hemmklötze an dem Wagen seines Schicksals nicht so deutlich spürt, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil sie bereits durch die Anforderungen der Jahre auf den verschiedenen abschüssigen Bahnen abgeschliffen sind. Er hat das verhaßte Deutschland ganz in Fesseln gelegt und hat dies nicht allein getan, sondern noch mehr — er hat auch den Versuch gemacht, mit der Peitsche und mit dem Kolben das Volk mürbe und gefügig zu machen. Aber noch ist Deutschlands Wille nicht gebrochen, noch gellt Poincaré immer von neuem ein entschiedenes „Nein“ in den Ohren. Vielleicht wird auch sein Sieg nicht eintreten, wenn er sich auch ganz nahe am Ziel glaubt. Aus der Welt ist die große Wahrheit, daß im Recht auch die Kraft liegt, scheinbar verloren gegangen, aber diese Kraft glüht doch noch weiter unter den Trümmern, und sie kann wieder angefacht werden, wenn nur die nötige Geduld vorhanden ist. Auf diese Geduld allein kommt es heute an.

Seyda und Linde bleiben.

Das Präsidium des Ministerrates gibt folgendes bekannt: Die Meldungen einiger Blätter über angeblich beabsichtigten Wechsel auf den Posten des Außenministers und Finanzministers entsprechen nicht der Wahrheit. Falsch ist **besonders** die Feststellung, daß am Sonnabend oder einem anderen Tage im Ministerrat eine Diskussion stattgefunden habe, die den Außenminister bewogen hätte, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Eine solche Diskussion hat nicht stattgefunden; dagegen hat bereits die Aussprache des Ministerrates am 3. Juli über das Referat des Außenministers Gleichheit der Anschauungen über die Grundlinien der Außenpolitik und die in ihrem Bereich liegenden aktuellen Fragen gezeigt. Dasselbe betrifft das unbegründete Gerücht über eine angebliche Rücktrittsabsicht des Finanzministers, dessen Bericht über die Grundlinien seines Finanzprogramms am 9. Juli vom Ministerrat genehmigt wurde.

Neues Referat Seydas.

Der Außenminister hat in der Montagssitzung des Ministerrates ein Referat gehalten über das Ergebnis der Beratungen des Völkerbundsrates in der Danziger Frage. Das Referat wurde vom Ministerrat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Die Genfer Entscheidung über Polen und Danzig

Nach der „Agencja Wschodnia“ wird die Entscheidung des Völkerbundsrates, die eine Akzeptierung des Berichts des spanischen Delegierten Quinones de Leon bedeutet, in Genf allgemein als ein Erfolg der polnischen Delegation betrachtet. Einen sehr guten Eindruck habe besonders die gemäßigte und versöhnliche Haltung des polnischen Delegierten gemacht.

Der **„Kurjer Warszawski“** schreibt zur Entscheidung des Völkerbundes, daß die Rechtsaktion der polnischen Regierung in der Danziger Frage nur eine Etappe auf dem Wege zur völligen Sicherung der polnischen Vertragsrechte sei. Die zweite Etappe müsse die Abschaffung der Pariser Konvention vom Jahre 1920 werden.

Baldwin wird handeln.

Der englische Ministerpräsident Baldwin weilt auf seinem Sommersitz und arbeitet über den Materialien, die ihm vom Außenminister vorgelegt wurden. Sie enthalten die Resultate der letzten Konferenzen mit den Botschaftern Frankreichs, Italiens und Belgiens. Der diplomatische Berichterstatter der „Sunday Times“ erfährt, daß es im Laufe dieser Woche feststehen wird, wann Baldwin im Parlament eine Regierungserklärung abgeben wird. Zu den Vorbereitungen des Londoner Kabinetts erklärt „Neuyork Herald“, **Baldwin werde jetzt eine entscheidende Geste machen und es auf einen Bruch ankommen lassen.** Wahrscheinlich dürften seine Erklärungen am Freitag erfolgen. Es werden an die Regierung neun Fragen betreffend die Ruhrokkupation sowie die französische Politik von **Mitgliedern der Opposition gestellt** werden. Eines dieser **Mitglieder wird an das Kabinett die Frage richten, ob es von der** bevorstehenden Besetzung von Frankfurt und Kassel durch die Franzosen Kenntnis erhalten habe. Baldwin werde, sobald er sich zu einer getrennten Handlung entschlossen habe, wahrscheinlich **den Franzosen eröffnen, daß die letzten deutschen Angebote eine Grundlage zu Verhandlungen abgäben.** Es werde behauptet, daß Baldwin die englische Politik in **Übereinstimmung mit dem Plan des amerikanischen Staatssekretärs Hughes** bringen werde, indem er dem deutschen Vorschlage auf **Einsetzung einer internationalen Sachverständigenkommission** beitritt.

Eine Rede Millerands.

Bei einer Gedenkfeier zum 300. Geburtstage des Philosophen Pascal hielt der Präsident der Republik Millerand eine Rede, in der er auf die Ruhrbesetzung zu sprechen kam. Er sagte: „Frankreich habe durch unerhörte Opfer in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten den Sieg errungen. Die Schlachten seien zu Ende, aber der Sieg sei noch nicht gesichert, da man durch List und Betrug (!) den Franzosen ihren Erfolg streitig zu machen suche. Frankreich müsse ebenso wie im Kriege, auch jetzt bis zum Ende aushalten, das heißt eine Viertelstunde länger als der Gegner.“

Der Vermittelungsversuch Beneschs.

Der „Matin“ erfährt, daß Dr. Benesch sich von Paris nach London begeben wird. Der Zweck seiner Pariser und Londoner Reise ist die Verständigung mit der französischen und englischen Regierung vor der Konferenz der kleinen Entente in Sinaja. „Neuyork Herald“ erklärt, daß der tschecho-slowakische Außenminister Dr. Benesch in der Absicht nach Paris gekommen sei, in letzter Minute einen **Bruch zwischen England und Frankreich zu verhindern.** Das Blatt fügt indessen hinzu, daß er angesichts der starren Haltung Frankreichs und des Tones der Rede Präsident Millerands wenig Hoffnung habe, erfolgreich zu wirken.

Weitere Schritte des Papstes in Aussicht.

Die „Chikago Tribune“ meldet aus Berlin, sobald der Vatikan ein endgültiges schriftliches Memorandum von Deutschland erhalte, **wird der Papst Belgien und Frankreich sein Programm unterbreiten.** Die Kurie habe in zwei Fragen eine schriftliche deutsche Antwort verlangt, hinsichtlich der Sabotage und der Reparationen. Die letztere Frage sei noch nicht beantwortet. **Dagegen werde die Sabotagefrage als bereits geregelt betrachtet.** Man nehme auch an, daß binnen kurzem ein klares, einfaches Reparationsprogramm zustande kommen werde, das als Grundlage für die weiteren Bemühungen des Vatikans dienen soll. Der Papst habe gestern Nuntius Pacelli angewiesen, in Berlin zu bleiben, was sich aus der Hoffnung erklärt, daß ein Memorandum in der Reparationsfrage von Deutschland zu erlangen sein werde. Eine Verständigung sei jedoch noch nicht erfolgt. Von einer neutralen Botschaft in Berlin will der Korrespondent erfahren haben, daß der Besuch des päpstlichen Nuntius und das Telegramm Pius XI. an ihn **nicht die letzten Schritte** seien, die der Vatikan unternehmen werde, um den Frieden im Ruhrgebiet herbeizuführen. Auf diese Weise werde erwartet, daß die für den 18. Juli zum 600. Jahrestag der Kanonisierung des Heiligen Thomas zu erwartende Enzyklika noch einmal sowohl Deutschland wie Frankreich ermahnen werde, sich im Interesse der europäischen Zivilisation über die Ruhrfrage zu verständigen.

Straferlasse und Linderungen durch die Amnestie.

Aufhebung des Strafverfahrens.

In den im Amnestiegesetz festgesetzten Grenzen gilt Amnestie für:

a) **administrative und Ordnungsvergehen**, ohne Rücksicht auf die Art und die Höhe der Strafen;

b) **Verbrechen**, für die das Gesetz unabhängig von Zuschlagsstrafen, als schärfste Strafe eine **Geldbuße oder Freiheitsstrafe nicht über 3 Monate** versteht.

Das Strafverfahren wird in diesen Prozessen **nicht eingeleitet** und die eingeleiteten **niedergeschlagen**.

Aufhebung und Linderung der Strafen.

In den im Gesetz festgesetzten Grenzen:

1. werden von rechtskräftig zugesprochenen Strafen im ganzen oder zum Teil nicht ausgeführt:

a) **administrative und Ordnungsstrafen** ohne Rücksicht auf die Art und Höhe der Disziplinarstrafen für **Dienstvergehen**;

b) **Geld- und Freiheitsstrafen, die durch das Gericht zugesprochen wurden, jedoch nicht höher als 3 Monate**, und, wenn die Tat aus Not begangen wurde, nicht höher als **ein Jahr** betragen;

c) **die Hälfte** der durch das Gericht verhängten Freiheitsstrafe, falls diese größer als 3 Monate ist, **jedoch ein Jahr nicht** überschreitet;

d) **ein Drittel der durch das Gericht gefällten Freiheitsstrafe**, falls diese über ein Jahr dauert, in diesem Falle dürfen jedoch die übrigen zwei Drittel der zugesprochenen Strafe 10 Jahre nicht überschreiten;

2. wird **lebenslängliche Freiheitsstrafe** auf 10 Jahre gelindert;
3. **Todesstrafe** auf 15 Jahre Kerker herabgesetzt;
4. **vollständig erlassen** alle übrigen Strafen, die zum Teil ausgeführt wurden, besonders Zusatzstrafen.

Politische Amnestie.

Vergessen und vergeben werden Vergehen, **die zum Teil oder** ausschließlich nationalen, politischen, religiösen, sozialen **oder wirtschaftlich-sozialen** Gründen entspringen. Die vollständige Amnestie bezieht sich jedoch nicht auf bewußte Verbrechen, die nach sich zogen: den Tod, schwere Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung eines Menschen, die Schädigung fremden Eigentums in größerem Umfange und solche, die unter besonders gefährlichen Umständen begangen wurden.

Militär-Amnestie.

Falls im dritten Artikel nicht anders bestimmt wurde, werden dem Vergessen und Vergeben anheim gegeben: Verbrechen, die im Militärkodex vorgesehen sind: Es werden geschenkt teilweise ausgeführte Strafen für diese Verbrechen ohne Rücksicht auf die Art und Höhe. Das Strafverfahren wird in diesen Prozessen nicht eingeleitet und das eingeleitete aufgehoben. Wenn jedoch diese Tat aus Gewinnsucht begangen wurde oder wenn sie ein Verbrechen gegen die militärische Subordination ist und auf einem tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten beruht oder wenn es sich um Desertion handelt, für die der Militärkodex die Todesstrafe vorsieht, treten die Bestimmungen des Art. 5 in Anwendung.

Es werden vergessen und vergeben alle anderen in den vorherigen Bestimmungen dieses Gesetzes ausgeschlossenen und spätestens am 15. März 1923 begangene Desertion, falls der Täter vor Ablauf eines Monats seit dem Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes, festgenommen wurde oder sich freiwillig den zuständigen Behörden zwecks Ausübung der Militärpflicht stellte.

Republik Polen.

„Kurjer Warszawski" schlägt eine Auslandsanleihe vor.

Der „Kurjer Warszawski" konstatiert, daß die Stabilisierung auf dem Binnenmarkt nur durch eine Auslandsanleihe erreicht werden könne. Eine solche Anleihe lasse sich im Hinblick auf die großen Reichtümer Polens leicht erhalten. Das Ausland müsse über die polnischen Reichtümer vollkommen unterrichtet sein. Mit Recht habe man im Senatsausschuß auf die Notwendigkeit der Verstärkung der polnischen Propaganda hingewiesen.

Einlauf von Devisen bei der P. K. K. P.

Im Laufe der letzten Tage sollen bedeutende Summen an Auslandsvaluten in der Polnischen Landesdarlehnskasse aus dem Titel der Zuckerausfuhr eingelaufen sein. Es soll sich um ungefähr 2 Millionen Dollar handeln.

Neue Verordnungen des Finanzministers.

Demnächst wird eine Verfügung des Finanzministers erscheinen, die die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Staats-Gewerbesteuer enthalten wird, ferner eine Verfügung mit den Vorschriften über die Schätzungs- und Berufungskommissionen sowie über die Lustration der Unternehmen. Eine weitere Verfügung des Finanzministers soll die Festsetzung der Höhe der Zollmultiplikatoren betreffen. Im Sinne dieser Verfügung wird der Normalzollmultiplikator auf 20 000, der ermäßigte Multiplikator auf 15 000 M. festgesetzt.

Die Beamtenbesoldung.

In der Montagssitzung des Unterausschusses für Beamtenfragen wurde das Gesetz über die Besoldung der Staatsfunktionäre in dritter Lesung angenommen. Heute, am Dienstag, wird mit den Beratungen über die Besoldung der Richter und Staatsanwälte begonnen. Es darf hervorgehoben werden, daß in der Montagssitzung der Antrag, in dem gefordert wurde, bei der **Einreihung der Staatsfunktionäre mit höheren Studien, diese um eine Stufe höher zu stellen**, abgelehnt worden ist.

Ende des Eisenbahnerstreiks in Lemberg.

Am Montag ist nach zweiwöchiger Dauer der Eisenbahnerstreik in Lemberg vollständig beigelegt worden. Der Wiederaufnahme der Arbeit ging eine Versammlung voraus, die in der Montierungswerkstätte auf dem Hauptbahnhof am Sonntag stattfand, in der ein einmütiger Beschluß über die Wiederaufnahme der Arbeit gefaßt wurde.

Gesandtenwechsel in Prag.

Der „Kurjer Poranny" bringt das Gerücht, daß Stanisław Grabski polnischer Gesandter in Prag werden soll.

Polnisches Emigrantenelend in Kuba.

Das Warschauer Emigrationsamt hat nach der Polnischen Telegraphen-Agentur erfahren, daß gewisse Agenten und Vermittler Emigranten bereden, nach Kuba zu reisen, um von dort aus nach den Vereinigten Staaten zu gelangen. Das Emigrationsamt warnt die Emigranten davor, weil Hunderte von polnischen Emigranten in Kuba in schrecklichem Elend leben sollen und diejenigen, die es versuchen, nach den Vereinigten Staaten zu kommen, von den Behörden angehalten und zum Hafen zurücktransportiert werden. Auf legalem Wege kann man erst nach einjährigem Aufenthalt auf Kuba nach den Vereinigten Staaten gelangen.

Aus der polnischen Presse.

Unfähigkeit zur Regierung.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Prawda", das Organ der Nationalen Arbeiterpartei:

„Viel schrieb und schreibt bei uns die Rechtspresse über das Thema der angeblichen staatlichen Unerfahrenheit der polnischen Linken. Sie wälzt auf deren Schultern alle Mißerfolge politischer und wirtschaftlicher Natur. Die angebliche „Linksrichtung" der früheren Regierungen soll der beste Beweis dafür sein. Indessen muß jeder zugeben, daß, selbst wenn die Linke tatsächlich für die Handlungen aller früheren Regierungen die Verantwortung tragen sollte, im Vergleich mit der Gegenwart nur ein Anerkennungszeugnis erhalten könnte. Aus Nichts schuf man die Verwaltung, das Heer usw. im Laufe einer sehr kurzen Zeit, womit wir den Ausländern, die unser Land besuchen, imponieren. Wie bisher, so kann man auch weiterhin mit den Finanzen des Staates nicht zu Rande kommen, obwohl sich hier zu Zeiten Sikorskis schon eine Besserung bemerkbar zu machen begann."

Nachdem die Rechte zum Ziel gekommen ist und das Steuer in den Händen hält, denn Herr Witos ist für sie, wie die „Prawda" sagt, nur ein „Wandschirm", hätte man denken sollen, daß sie ihren Ton und ihre Methoden ändern würde. Aus Verantwortlichkeitsgefühl hätte sie ihrer Regierung weitere Aufgaben, sowie die Art und die Mittel ihrer Verwirklichung zeigen müssen. Davon ist jedoch nichts zu bemerken, vielmehr ist diese Presse weiter voll von Invektiven gegen unangenehme Persönlichkeiten, und mögen diese auch schon aus ihren Stellungen zurückgetreten sein, in denen sie dem Lager der 8 ein Dorn im Auge waren, so befaßt sich diese doch weiter „fleißig" und „redlich" mit ihnen, indem sie neue Fälschungen und Irreführungen vorbringt und die alten wiederholt, und zwar schon „aus Gewohnheit". Das ganze Rechtslager stellt sich ein völliges politisches Armutszeugnis aus. Drohende Wolken ziehen heran, aber das Rechtslager scheint ihrer überhaupt nicht gewahr zu werden. Der Sturz der Mark wird mit der „jüdischen Verschwörung" erklärt (früher schrieb man von dem „Mangel an Vertrauen in der Gesellschaft"). Der Rücktritt des Finanzministers zu einer so wichtigen Zeit wird entweder mit abgegriffenen Phrasen abgetan, wie es die „Gazeta Warszawska" tut, oder mit verschämtem Schweigen, wie bei uns durch den „Kurjer Poznański", der dafür unseren Vertreter in . . . Tokio, Patek, erbittert bekämpft, wie der „Przegląd Poranny" in seiner letzten Nummer sehr boshaft, aber treffend bemerkt. Die „nationale" Presse kann ihren „oppositionellen" Ton noch immer nicht loswerden und geht an den brennenden Fragen des Augenblicks mit verschlossenen Augen vorüber. So sieht die staatliche und politische „Reife" unserer Rechten aus, die nach Übernahme der Gewalt die wichtigeren Posten mit eigenen Leuten besetzte und nun nach Erfüllung dieser „wichtigsten" Aufgabe nicht weiß, was sie mit der Macht anfangen soll. Alles, was bisher in Polen getan wurde, verschrie sie als schlecht, aber ihr selbst fehlt es bisher **an irgendwelchen neuen Gedanken, die von einem folgerichtig bis zum Ende durchdachten Programm zeugen würden.** Sie tut ganz dasselbe, was andere begonnen haben, und — setzt das Ansehen des Staates, das die anderen gefestigt haben, herab. Die Monatsbilanz der „Chjena" fällt fatal aus, was sogar die feurigsten Anhänger zugeben müssen, die übrigens am eigenen Leibe alle die Wohltaten der gegenwärtigen Regierung verspüren. Jetzt erst kann das Volk den **Wert aller Wahlversprechen** des Achterlagers richtig einschätzen. Die Rechtsblätter versichern ängstlich, daß es doch noch — besser werden wird. Was denn! Sie müssen es ja schreiben, weil sie heute auf keinen andern die Schuld abwälzen können. Jeder vernünftige Mensch wird zugeben, daß, wenn eine Wendung zum Bessern eintreten soll, einmal ein Anfang zu merken sein muß. Inzwischen aber bringt jeder nächste Tag nur eine Verschlimmerung der Lage, und der ersehnte Umschwung rückt immer ferner und versteckt sich in immer tieferen Schatten. Das Programm der jetzigen Regierung war bis in die „kleinsten Einzelheiten" ausgearbeitet; wie die Rechtspresse versichert, sollte es eine **Regierung der schaffenden Arbeit** sein, eine Regierung der Energie usw., aber was haben wir jetzt? Die Rechte hat sich ein Zeugnis **völliger Unbeholfenheit** ausgestellt. Ihre Führer haben ihre treuesten Schäfchen enttäuscht. Das Sprichwort sagt: Den Vogel erkennt man an den Federn — wir fügen hinzu: Und die „Chjena" an ihren Taten."

Ueber die Kattowitzer Wohnungsverhältnisse

schreibt der „Polak" in seiner Nr. 145: „Vor einigen Wochen hat der Herr Wojewode eine Verordnung herausgegeben, die das Wohnungsamt in Kattowitz ermächtigt, freie Wohnungen ausschließlich nur Beamten zuzuweisen. Bis dahin haben 30 Prozent der freien Wohnungen Leute erhalten, die nicht Beamte waren. Die Sache verhält sich gegenwärtig so, daß Individuen, die zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten oder auf staatlichen Posten stehen, sofern sie nicht das Vergnügen haben, sich Beamte zu schimpfen, in Kattowitz ganze Jahre arbeiten können und keine Wohnung erhalten, während irgend ein Beamter von irgend woher kommt und eine Wohnung für sich bereit findet. Gefällt zum Beispiel irgend einem Rat oder Oberrat (das ist noch schlimmer!) der hiesige Amtsdiener nicht, so beruft er „seinen" Diener aus „Lemberg", und dieser bekommt sofort eine Wohnung. Worauf sich die herausgegebene Verordnung stützt, wollen wir nicht prüfen; wir betrachten es aber als unsere Pflicht, sich vor den Folgen ähnlicher Verordnungen zu schützen. Möge die Wojewodschaft Verordnungen erlassen, die ihr gefallen — gegen die Schieber, Blutegel und verschiedene Sozialbanditen; wir werden sie mit Beifall begrüßen, denn wir werden dadurch das Alldrücken los, das uns würgt. Wir werden aber niemals in Ruhe Verordnungen aufnehmen, die den Menschen der Arbeit, Menschen, die den ganzen Tag in ihrer Werkstatt verbringen, um sich ehrlich ihr Brot zu verdienen, das Dach über dem Kopfe wegnehmen.

Wenn der Herr Wojewode ähnliche Verordnungen erläßt, so möge er allen ehrlichen Menschen der Arbeit, die bereits ganze Monate lang ohne ein Dach über dem Kopfe sind, erlauben, vor ihren Fenstern in der Friedrichstraße Fässer aufzustellen, um in diesen übernachten zu können, denn wir sind der Ansicht, daß ihnen bei einer solchen Verordnung nichts anderes übrig bleibt . . . Wir werden aber verschiedene Herren Räte und Oberräte bitten, daß sie zuerst selbst in diese Fässer einziehen und in ihnen die Annehmlichkeiten und die liebe Nachtruhe kosten . . . Vielleicht würden sie nach der ersten dort verbrachten Nacht diesen allen obdachlosen und ehrlichen Menschen wenigstens ein Winkelchen in ihren herrschaftlichen Wohnungen mit vielen Zimmern abtreten und, was noch wichtiger ist, die die Gesamtheit benachteiligende Verordnung zurücknehmen. Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß angeblich viele von den Beamten größere Wohnungen erhielten, die augenblicklich noch durch Leere glänzen, denn die Möbel besitzen sie bisher — in der Einbildung. Sie hoffen aber, daß sich ihre lebhafte Einbildung einmal in wirkliche Stühle, Betten, Schränke, Tische, Töpfe und verschiedene Töpfchen verwandelt. Sie ziehen aber jetzt schon von den Wohltaten der Wojewodschaftsverordnung Nutzen.

Wir fordern, daß man in die Liste der Beamten, die aus der Wohnungszuweisung Vorteile ziehen, ebenfalls auch die Individuen einträgt, die hier zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten und die Interessen des Staates wahren. Wenn es nötig ist, so muß die Berücksichtigung ihrer Reihenfolge vom Zeitpunkte des Beginns ihrer Tätigkeit abhängen."

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(15. Fortsetzung.)

Georg Rößl zog seine Pikeeweste herunter. „Herr Graf, das habe ich mir natürlich auch schon gesagt, wie wäre es nun, wenn Sie mir — Sie selbst sind ja nicht Jäger — die Clanitzer Feld- und Waldjagd verpachten würden? Ich biete Ihnen eine Mark zwanzig für den Morgen bei zehnjährigem Vertrag, das sind auch achttausendsechshundertvierzig Mark jährlich, ich meine, damit ließe sich zur Not auskommen."

„Hm." Graf Dassel fuhr sich nachdenklich mit den Fingern durch den wallenden Barbarossabart, „immer unter der Voraussetzung, daß ich den Grenzwald schlagen lasse?"

„Allerdings — — —."

„Tja — na, ich werde Ihnen mal was sagen, so im Plutsch kann ich mich da nicht entscheiden, aber wenn es Ihnen recht ist, gebe ich Ihnen in vier Wochen endgültigen Bescheid — einverstanden?"

Der Fabrikbesitzer nickte: „Ich werde mich pünktlich am achten September einfinden, übrigens es gäbe vielleicht noch ein anderes Arrangement — — —," er stockte und seine Blicke wanderten unruhig im Zimmer hin und her. Der alte Herr, der froh war, daß er vorläufig einen Aufschub herausgedrückt hatte, sog behaglich an seiner Zigarre. „Na, was haben Sie denn auf dem Herzen?"

„Herr Graf," Georg Rößl holte tief Atem. „Sie wissen daß ich mich um Komtesse Marianne bewerbe, und Sie haben mir selbst gesagt, daß Sie meiner Werbung nichts in den Weg legen — — —"

„Aha," Graf Eberhard zog die Augenbrauen hoch: „Weht der Wind daher?! Ich habe Ihnen aber mitgeteilt, daß ich meinem Mädel weder zu- noch abreden werde, sie muß da selbst entscheiden."

Rößl hatte seine weltmännische Sicherheit wiedergefunden. „Selbstverständlich, das würde ich auch gar nicht wünschen, denn da, wo es sich um den wichtigsten Schritt im Leben handelt, wäre jeder Zwang ein Verbrechen. Doch davon ist natürlich nicht die Rede, ich glaube auch so des Jaworts der Gräfin sicher zu sein."

„Hat sie selbst Ihnen das gesagt?!"

„Ja und nein, ich habe gelegentlich des letzten Diners bei Amtsrat Kröner im Juni in nicht mißzuverstehender Weise angetippt, und Komtesse Marianne sagte mir damals zu, ich sollte im Herbst wieder anfragen — ich denke, das war doch deutlich genug!"

„Hm — tja," Graf Dassel fingerte an den Knöpfen seiner Joppe herum, „eine Zusage ist das wohl eigentlich nicht, aber ich gebe zu, daß Sie zu der Annahme berechtigt sind, Sie würden sich keinen Korb holen."

„Eben, das meine ich auch!" Und plötzlich legte Rößl los: „Sehen Sie, Herr Graf, wir sind ein altes, rheinisches Patriziergeschlecht, ich bin hier im Kreise wohl einer der reichsten Leute, und wenn mein Vater einmal die Augen zutut, dann dürfte mein Vermögen trotz der Sozialisierung der Bergwerke und der Vermögensabgabe rund zwanzig Millionen betragen. Auf meinen Wink hören Hunderte von Essen auf, zu rauchen, ich habe ein Heer von Arbeitern, und — das möchte ich auch nicht unerwähnt lassen — ich bin befreundet, eng befreundet mit dem Fürsten Lobkowitz, dem Fürsten Festeticz, bei dem ich in Ungarn auf Rotwild und Bären gejagt habe — — —"

Der alte Herr machte eine abwehrende Handbewegung: „Das sollen Sie mir gar nicht erzählen, ich glaube es Ihnen ohne weiteres, und nun will ich mal ebenso frei von der Leber weg zu Ihnen reden, Sie dürfen mir da ein offenes Wort nicht übelnehmen! Kein Mensch kann aus seiner Haut heraus, und ich würde es natürlich lieber sehen, wenn mein Mädel mal Arnim oder Bülow heißt als Rößl, aber das ist, wie gesagt, Nebensache, wir leben einmal in einer demokratischen Zeit, und von den drei Buchstaben vor dem Namen oder 'ner neunzackigen Grafenkrone kann niemand satt werden."

Der Fabrikbesitzer wollte sprechen, doch Graf Eberhard ließ ihn nicht zu Worte kommen: „Nee — nee — lassen Sie mich erst mal ausreden! Also, ich bin kein verbohrter, ultrakonservativer Aristokrat, wenn ich damit auch nicht sagen will, daß ich den Wert eines alten Namens unterschätze, denn solche Dinge sind schließlich Imponderabilien, über die auch die neue Zeit nicht einfach hinweggehen kann. Schwerer wiegt für mich die Tatsache, daß Sie katholischer und Marianne evangelischer Konfession sind, denn obwohl ich es in dieser Beziehung mit dem alten Fritzen halte, der jeden nach seiner Fasson selig werden ließ, so sage ich mir doch, daß ein Ehepaar auch im Glauben — und da besonders! — eins sein muß, und daß sich für später, wenn Nachkommenschaft da sein sollte, allerhand Schwierigkeiten ergeben könnten. Drittens und letztens aber — und das ist der Hauptpunkt! — Sie stammen aus ganz anderen Kreisen, sind in völlig anderen Anschauungen groß geworden als mein Kind! Solche Gegensätze lassen sich nicht von heute auf morgen überbrücken, und man wechselt seine Grundsätze nicht ohne Not wie ein getragenes Kleidungsstück!"

„Die Liebe gleicht alles aus!" warf Rößl ein.

„Theoretisch — ja! Nur ist auch Liebe keine Pökelware! Wenn man so alt geworden ist, wie ich, dann denkt man über diese Dinge etwas skeptischer. Ich habe Ehen gesehen, die mit brennend heißer Liebe anfingen und mit Weh und Tränen endeten. Das goldene Mittelmaß ist auch hier das Richtige, dazu müssen aber alle Vorbedingungen: Vermögen, Charakter, Erziehung und Neigungen übereinstimmen. Und ob das alles auf Sie und mein Mädel zutrifft, weiß ich nicht. Hätte ich nur das äußere Glück meines Kindes im Auge, dann würde ich mit beiden Händen zugreifen und Sie als Schwiegersohn willkommen heißen, doch in einer Ehe, der denkbar innigsten Gemeinschaft zweier Menschen, spricht noch so vieles mit, was sich mit Worten gar nicht sagen läßt, was nur gefühlt und empfunden werden kann."

Graf Dassel lächelte verbindlich: „Mir persönlich sind Sie in jeder Hinsicht durchaus sympathisch, aber — und damit komme ich auf den Ausgangspunkt unserer Unterredung zurück — nicht ich habe hier das entscheidende Wort zu sprechen, sondern einzig und allein meine Tochter!" (Fortsetzung folgt.)

Weitere Gewaltmaßnahmen der Franzosen

Besetzung weiterer deutscher Großstädte?

Nach der „Chicago Tribune“ wird unter den Sanktionen im Zusammenhang mit dem französisch-belgischen Schritt in der Sabotagefrage für den Fall einer deutschen Weigerung die **Besetzung von Frankfurt am Main** und anderer Großstädte (Kassel) in der Nähe des besetzten Gebietes erwogen.

Geiseln in den Zügen.

Aus Glatzbach wird gemeldet: Nach einem Befehl des Ortskommandanten sollen sich **48 Bürger als Geiseln stellen**, die in den Zügen auf der Strecke Glatzbach-Oberhausen zum Schutze gegen Anschläge mitfahren werden.

Immer wieder dasselbe Bild.

In Wittenwald ist wegen eines **Anschlags auf einen Posten** der Belagerungszustand verhängt worden.

In **Pirmasenz** haben die französischen Behörden bis zum 14. Juli das **Postamt besetzt**, weil die telephonischen Befehle der Besetzungsbehörden nicht weitergeleitet wurden.

In **Düsseldorf** hat das Kriegsgericht der Besetzungstruppen einen Obersteuersekretär **wegen Auszahlung von Löhnen an streikenden Arbeitern zu einem Monat Gefängnis und einer Million Geldstrafe verurteilt.**

Eine neue Verfügung.

Aus Dortmund wird gemeldet, daß die französischen Besetzungsbehörden eine Verfügung erlassen haben, nach der sich niemand mehr als auf 200 Meter den Eisenbahngleisen und Kanälen nähern darf. Die Militärposten haben Befehl erhalten, **schon nach dem ersten Anruf zu schießen**, wenn die Angerufenen nicht die Hände heben.

Deutsche Behörden gegen die Sabotageakte.

Aus Aachen wird gemeldet, daß in der belgischen Besetzungszone ein **Aufruf des Regierungspräsidenten** veröffentlicht worden ist, in dem die Bevölkerung aufgerufen wird, **jegliche Sabotageakte zu vermeiden.** In dem Aufruf heißt es, **daß sowohl die Reichsregierung als auch das Ausland die Sabotageakte verurteile.** Dem Beispiele des Regierungspräsidenten sollen andere Vertreter der Lokalbehörden gefolgt sein.

Der internationale Schiedsgerichtshof und der Dampfer „Wimbledon“.

In der Sonnabendsitzung des Internationalen Schiedsgerichtshofs wurden die Erörterungen in der Angelegenheit des Dampfers „**Wimbledon**“ fortgesetzt. Der deutsche Delegierte **Schiffer** betonte, daß man die Bestimmungen des **Versailler Vertrages nicht nach dessen Buchstaben, sondern nach dessen Sinn auslegen müsse.**

Frankreich ratifiziert den Washingtoner Vertrag.

Die französische Kammer nahm mit 460 gegen 106 Stimmen das Gesetz über die Ratifizierung des Washingtoner Vertrages an.

Auf dem toten Punkt in Lausanne.

Die Türken verlassen Lausanne.

Gegen **10 Mitglieder** der türkischen Delegation **verließen** am 8. Juli Lausanne. In Konferenzkreisen wird das als **Zeichen der Unzufriedenheit seitens der Türkei** angesehen.

Tschitscherin kommt nach Lausanne?

Den amerikanischen Blättern wird aus Lausanne zu den Friedensverhandlungen mitgeteilt, daß gestern ein Abkommen erzielt wurde, wonach **die britischen Truppen** das türkische Gebiet **6 Wochen nach Ratifizierung des Friedensvertrages** durch die Türken **räumen** werden. Weiter erklärt „Chicago Tribune“, daß man heute die **Russen** einladen werde und sie aufzufordern gedenke, **das Meerengenabkommen zu unterzeichnen.** Es wird angenommen, daß **Tschitscherin** dieser Einladung Folge leisten und sich nach Lausanne begeben werde.

Wieder einmal „bald Friede“.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Lausanne: Die Koalitionsdelegierten und die Delegierten der Türkei haben die Überzeugung ausgesprochen, daß der **Frieden im Orient bald** zur Tatsache werden wird. (Wieder einmal „bald“? Wie oft werden wir das noch hören! D. Schriftltg.) In Koalitionskreisen spricht man von der **Möglichkeit** (!) der Unterzeichnung des Vertrages am **17. Juli.**

Baltenstaaten.

Das Vertrauensvotum für die neue litauische Regierung.

Bei der Abstimmung über das **Vertrauensvotum stimmte der ganze Sejm mit Ausnahme der Sozialdemokraten**, die sich der Stimme enthielten, für **das Votum.**

Erklärung des polnischen Vertreters im litauischen Sejm.

Aus Königsberg wird der „Gazeta Gdańska“ gemeldet: Der polnische Sejmabgeordnete im litauischen Sejm, **Budzyński**, ergriff in der Aussprache über das Programm der neuen litauischen Regierung das Wort zu folgenden Ausführungen: Auf die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten erkläre ich im Namen der polnischen Fraktion, daß wir in allgemeinen Staatsangelegenheiten diejenigen Bestrebungen unterstützen, die den Staatsnotwendigkeiten wirklich genügen werden. Da wir in der Hebung des **Wirtschaftslebens** im allgemeinen und in der **landwirtschaftlichen Kultur** des Landes im besonderen vielleicht die wesentlichste Grundlage für die zukünftige Unabhängigkeit Litauens sehen, werden wir alle Bestrebungen unterstützen, die diesem Bedürfnis des Landes entsprechen werden. Doch werden wir nur solche Bestrebungen unterstützen, die nicht der Effekt des Tages, sondern das wohlverstandene **Wirtschaftsinteresse** des Landes in weiter Perspektive im Auge haben werden. Auf dem Gebiete der nationalen Fragen, die uns als polnischer Nationalitätsminderheit in Litauen betreffen, werden wir für die Pflichten und die dem Lande gegenüber getragenen Lasten verlangen, daß alle Behinderungen, Verfolgungen und Ungerechtigkeiten, die bisher die polnische Bevölkerung in Litauen getroffen haben, beseitigt und ihr alle in der Verfassung verbürgten Rechte zugänglich gemacht werden, ohne irgend welche Unterschiede in bezug auf die einzelnen nationalen Minderheiten. Die Notwendigkeit der **nationalen Autonomie** für die polnische Bevölkerung Litauens ist schon lange reif geworden und bildet unser oberstes Postulat, das unverzüglicher Erfüllung wartet. Ich habe die Ehre, zu betonen, daß wir künftig das neue Kabinett unter der Bedingung unterstützen werden, daß die in der Erklärung gegebenen positiven Versprechungen unverzüglich realisiert werden.

Polnische Vergeltungsmaßregeln gegen Litauen.

Angesichts dessen, daß die litauische Regierung die polnischen Kriegsgefangenen der Zollbataillone schikaniert und sie in menschenunwürdiger Weise behandelt, haben die polnischen Behörden den im Lager von Strzalkowo befindlichen litauischen Kriegsgefangenen gegenüber, die sich bisher vollster Freiheit erfreuten, **Vergeltungsmaßnahmen angewandt.**

Internationale Konferenz gegen den Schmuggel in der Ostsee.

Im Monat Juli soll eine internationale Konferenz abgehalten werden, die von der norwegischen Regierung einberufen ist und sich mit der Einschränkung und Unterdrückung des **Schmuggels an den Küsten des Baltischen Meeres und der Nordsee** befassen soll. Nur die im Einverständnis mit den Uferstaaten getroffenen Maßnahmen versprechen Erfolg. Der Konferenzort ist **Christiania**; als Teilnehmer werden folgende Staaten genannt: Norwegen, Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland. Bedauerlich ist, daß Estland, wo die Schmuggler ein Zentrum haben, nicht eingeladen worden ist. Inzwischen sind die norwegischen Zollwächter auf der Hut und machen manchmal gute Fänge. So soll in den Gewässern von Drontheim ein Dampfer „Elisabeth“ gekapert worden sein, der 40 000 Liter gewöhnlichen Branntwein und einige hundert Liter feine Liköre mit sich führte. Das sei, heißt es, ein Rekord.

Verhaftungen in Helsingfors.

In Helsingfors wurden zahlreiche Verhaftungen unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Sowjetrußlands vorgenommen. Es wurden mehrere Kommunistenführer verhaftet, darunter zwei Abgeordnete.

Die Lage der Arbeiterschaft in Sowjetrußland.

Axel **Schmid** schreibt in der „Berliner Börsen-Zeitung“: Die bolschewistischen Blätter lieben es, allüberallhin auszuposaunen, daß es den Arbeitern nirgendwo so gut ginge, wie in Sowjetrußland. Daher sei an Hand offiziellen Zahlenmaterials diese Frage ein wenig näher beleuchtet. Ich stütze mich dabei vor allem auf die statistischen Angaben des **Kommissars für Arbeit**, des **Rates für Arbeit und Verteidigung** und nebenbei auch auf Mitteilungen **bolschewistischer Blätter**. Wenn man sich ein Bild von der Lage der russischen Arbeiterschaft machen will, muß man vor allen Dingen die **Einnahmen eines Arbeiters** mit den **Preisen** für die notwendigsten Ausgaben in Beziehung setzen. Im vierten Heft der „Ekon. Obosr.“ (dem wirtschaftlichen Monatsjournal des Rats für Arbeit und Verteidigung) sind dafür lehrreiche Beispiele angeführt, die um so wertvoller sind, als sie mit den Verhältnissen des Jahres 1913, dem letzten Friedensjahr, in Vergleich gesetzt werden. Die durchschnittliche Einnahme eines Arbeiters betrug im Jahre **1913** 22 Goldrubel gegen 8 Goldrubel 22 Kopeken im August und 10 Goldrubel 69 Kopeken im Dezember **1922**. Zur Bequemlichkeit hat die bolschewistische Zeitung die Millioneneinnahmen eines Arbeiters im Jahre 1922 nach dem jeweiligen Stande der Valuta in Goldrubel der Vorkriegszeit umgerechnet. Wie stellen sich gegenüber dem Rückgang der Einnahmen um ca. 50 Prozent die **Preise** für die unbedingt notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt? Eine bestimmte Lebensmittelmenge kostete 1913 höchstens 5 Goldrubel 30 Kopeken im Monat, im August 1922 hätte dasselbe Lebensmittelquantum 11 Goldrubel 75 Kopeken gekostet. Und im Dezember sogar 12 Goldrubel 7 Kopeken.

Jedenfalls lebte man vor dem Kriege, wie ein Blick in den Marktbericht einer Moskauer Zeitung vor dem Kriege zeigt, bedeutend billiger. Ein Pfund Schwarzbrot kostet jetzt 2,85 Goldkopeken, während man es 1913 noch für 2 Goldkopeken erhielt. Und ein Pfund Zucker wird jetzt mit 58,6 Goldkopeken bezahlt, während es vor dem Kriege für 13,5 Goldkopeken zu haben war.

Es liegt mir aber noch ein anderer Beweis vor für die **verzweifelt schlechte Lage der russischen Arbeiterschaft.** Im Institut für Wirtschaftsforschung in Moskau hat kürzlich der Vertreter des allrussischen Wirtschaftsrates, **Sokolowskij**, nachgewiesen, daß die hohen Preise der russischen Industrie nicht von den hohen Löhnen, sondern von dem ständigen Steigen der Abgaben und der Preise für Rohstoffe herrühren. Er führte dabei aus: „Die Steuern betragen jetzt 6 Prozent des Umsatzes gegen 1 Prozent vor dem Kriege, die Abgaben der Truste für den Unterhalt der stillgelegten Fabriken 2 bis 8 Prozent des Umsatzes. Die Hauptsteigerung ist aber bei den **Preisen für die Kohle** eingetreten. Früher machte der Bezug dieses Heizmittels durchschnittlich 8 Prozent aus, jetzt 8 bis 10 Prozent. Die Folge der Verschlechterung der Bezahlung der Arbeiter ist nicht ausgeblieben. Der Rückgang beim Verkauf der russischen Industriewaren ist zwar zum größten Teil auf die völlige Verarmung der Bevölkerung zurückzuführen, aber auch die schlechte Qualität der Ware spielt dabei keine geringe Rolle, und die ist natürlich nicht zuletzt eine Folge der Verschlechterung der Bezahlung der Arbeiterschaft.“

Also auch dieser bolschewistische Wirtschaftspolitiker muß zugeben, daß sich die Lage der russischen Arbeiterschaft verschlechtert hat. Dabei nimmt die **Arbeitslosigkeit** ständig zu, wie folgende offizielle Daten es beweisen. Im Januar 1922 waren in den 52 Gouvernementsstädten (Hauptstädten der Provinzen) 67 700 Arbeitslose registriert, am 1. Oktober 245 000.

Die Entwicklung ist noch keineswegs zum Stillstand gekommen, weil, wie eben gemeldet wird, der ukrainische Rat für Volkswirtschaft beschlossen hat, **zum 1. Juli 1923 146 Fabriken** stillzulegen, da keine Rohmaterialien und keine Mittel zur Bezahlung der Kohle vorhanden sind. In Anbetracht der oben angeführten, und, wie nochmals hervorgehoben sei, offiziellen statistischen Angaben, ist die Behauptung der bolschewistischen Blätter, daß für die Arbeiter in Rußland besser gesorgt sei als im übrigen Europa, eine der vielen bolschewistischen Übertreibungen, um kein härteres Wort zu gebrauchen.

Die Arbeit an der Sowjetverfassung.

Am 6. Juli ist im Moskauer Kreml die ordentliche Session des **Zentralvollzugsausschusses** eröffnet worden. Aus dem Bericht geht hervor, daß an den **Verfassungsarbeiten** die Vertreter sämtlicher Teilrepubliken in der Zahl von 25 teilgenommen haben. Der Verfassungsausschuß hat den **Verfassungsentwurf** in endgültiger Form ausgearbeitet. Die Interessen Rußlands wurden von 9 Mitgliedern vertreten; die übrigen 16 Mitglieder verteilen sich auf die Bundesrepubliken. Der Text der Verfassung ist von der gegenwärtigen Session einmütig angenommen worden. Die Session beschloß jedoch, daß die Verfassung dem zweiten Kongreß der Sowjetrepubliken zur Bestätigung vorgelegt werden soll.

Das Deutschtum in Amerika.

Der Dichter Gustav **Frenssen** machte auf Einladung des Central Relief Comités, einer deutschamerikanischen Hilfsorganisation, eine Amerikareise, von deren Eindrücken er u. a. folgendes berichtet:

„Das **Deutschtum in Amerika** besteht jetzt in drei Formen: 1. Die Reichgewordenen, die oft in Gruppen, öfter ganz allein im amerikanischen Gesellschaftsleben aufgehen. Helle, kühne, zum Teil rücksichtslose Naturen, haben sie sich sofort mit aller Kraft in das volle Leben des neuen Landes hineingeworfen und das Herkunftsland fast vergessen.

2. Die, welche sich in deutschsprechenden Vereinen und bei deutscher Geselligkeit zusammenfinden. Meistens sind es auch dieselben, die durch die deutschsprachige Zeitung der Stadt und Umgegend erreicht werden. Manche von diesen haben gewiß weiter nichts mit deutschem Wesen zu schaffen, als daß sie in deutscher Sprache kegeln und Skat spielen. Ich habe es erlebt, daß sie in dem Gesellschaftsraum bei ihrem Spiel blieben, während ich im Nebenraum von der Not der deutschen Kinder redete. Aber die meisten haben eine Treue und rührende Anhänglichkeit an ihr Herkunftsland und haben Deutschland in seiner Not reichlich und lange geholfen.

3. Die Hunderttausende, in der Mehrzahl kleine Leute in den Städten, besonders den kleineren, und Farmer auf dem Lande, die nach der Lage ihres Wohnortes oder nach ihrer Neigung außerhalb der Geselligkeit deutscher Kreise stehen. Bei diesen allen ist in der ersten Generation viel stilles, schmerzliches Heimweh.“

Nach Frenssens Eindrücken ist das Deutschtum in Amerika durch die Niederlage der Heimat an Zahl stark vermindert, in seiner Gesinnung niedergedrückt worden. Dazu kommt, daß gerade die, die alle die Jahre hindurch viel und gern geholfen haben, des Gebens müde sind oder das, was sie noch leisten können, direkt an bestimmte deutsche Familien senden. „Die, welche zu den Vorträgen kommen, und welche geben,“ meint Frenssen, „sind die ältere Generation. Die Jugend, das zweite und dritte Geschlecht, ist dabei, amerikanisch zu werden oder ist es schon. Ein deutschamerikanischer Sprecher sagte in einer meiner Versammlungen: „Wir gehen im amerikanischen Volk auf, und das ist menschlich und sittlich so richtig. Dies unser Helfen ist unsere letzte Tat.“ Das ist auch meine Meinung darüber. Und diese letzte Tat der Deutschamerikaner ist schön, groß und edel. Niemals darf das deutsche Volk sie vergessen. Sie haben uns aus reiner Liebe Hunderttausende liebe Kinder am Leben und Gesundheit erhalten, unzählige verzweifelte Mütter wieder aufgerichtet.“

Über das **Studium des Deutschen in Amerika** gab ein Universitätsprofessor in Chicago Frenssen interessante Auskunft: „Er sagte, daß die Schülerzahl während des Krieges auf ein Fünftel herabgesunken wäre, aber nun wieder zunähme, besonders in den höheren Schulen. Ich fragte vorsichtig: „Ist das wegen **Goethe**?“ Er sagte lächelnd: „Nein, es ist nicht wegen Goethe; es ist wegen **Einstein** und **Stinnes**. Die 16jährigen Jungen wollen die Sprache und die Bücher des Volkes kennen, das den größten europäischen Gelehrten und den größten europäischen Kaufmann — so groß wie Piermont Morgan! — besäße.“

An Washingtons Grab trifft der Dichter als Wache einen Neger, der die berühmte Rede Wilsons an dieser Stelle mit angehört hat. Er fragt ihn nach den 14 Punkten und erhält die Antwort, „das wäre die Kunst, die Deutschen zu schlagen. Da hatte er ja recht! Das war die Bedeutung der 14 Punkte. Sie waren, als sie gesprochen wurden, ehrlich gemeint, aber dann dienten sie dazu, Deutschland in die Knie zu zwingen . . .“ Und Frenssen findet bittere Worte für dieses vergeßliche, hochmütige amerikanische Volk, „das die feierlichen Versprechungen seines Führers vergißt, auf die wir, als Deutsche, uns verließen, und das Volk vergißt, das um seinetwegen in Schmach und Schande, Hunger und Qual liegt.“

Deutsches Reich.

Der Reichstag bis Oktober vertagt.

Der Deutsche Reichstag hat sich vertagt. Der Präsident teilte den Kammermitgliedern mit, daß mit Rücksicht auf die politische Lage die Notwendigkeit eintreten könne, daß das Parlament **noch vor Oktober** einberufen werden müsse. Der Reichstag hat den zuständigen Ausschüssen die von den Sozialisten eingebrachten Gesetzentwürfe über die Bekämpfung des Wuchers und die Anpassung der Löhne an den Valutasturz überwiesen.

Urteil im Hochverratsprozeß Fuchs.

Am Montag wurde in München im Prozeß Fuchs das Urteil gefällt. **Fuchs** wurde wegen Hochverrats zu **12 Jahren Gefängnis**, 2 Millionen Geldstrafe und 10 Jahren Verlust der Bürgerrechte verurteilt. Der Angeklagte **Munk** wurde aus demselben Grunde zu **15 Monaten Gefängnis**, 30 Millionen Geldstrafe und Verlust der Bürgerrechte verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Freistaat Danzig.

„Danziger Neue Freie Presse“.

Die „Danziger Zeitung“ soll nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“, da sie kein Debitrecht in Polen hat, eine speziell für Polen bestimmte Auflage unter dem Titel „Danziger Neue Freie Presse“ herausgeben.

Aus aller Welt.

Freisprechung Judets. Der frühere Redakteur des „Eclair“, Judet, der unter der Anklage des Hochverrats stand, wurde am Montag freigesprochen.

Abbau des Schulwesens in Österreich. Der „**Sparkommissar**“ des Völkerbundes fordert von Österreich **Abbau von 40 Prozent aller Lehrerstellen, Zusammenziehung von Klassen bis zu 80 Schülern** (in Tirol bis 90), Erhöhung der Dienstverpflichtung der Lehrer bis zu 42 Wochenstunden, Herabsetzung der Lehrergehälter, Einstellung aller Urlaube usw. Die **Wiener Lehrerorganisationen** erlassen einen Aufruf, in dem sie gegen diesen Schulabbau schlimmster Art protestieren und einen unerhörten Kulturzusammenbruch als seine Folge ankündigen.

Reiche ungarische Getreideernte. Nach Berechnungen des ungarischen Landwirtschaftsministeriums wird die diesjährige Ernte in Ungarn **16 Millionen Zentner** Getreide bringen, darunter ungefähr 6 Millionen Zentner Roggen.

Verhaftung von Kommunisten in Budapest. Die Polizei verhaftete in Budapest elf Personen, die aus Moskau bedeutende Summen in Dollars und durch Bela Khun unterzeichnete Aufrufe erhielten, in denen das ungarische Proletariat aufgefordert wird, die Macht zu übernehmen. Die Untersuchung stellte eine in der Provinz verzweigte Organisation fest.

Beunruhigung in Belgrad wegen Fiume. Der Korrespondent des „Il Mondo“ meldet aus Belgrad, daß die dortige öffentliche Meinung wegen der Fiumefrage beunruhigt ist. In Belgrad soll die Version kursieren, daß die italienische Regierung den Hafen und die Station in Fiume behalten will und darauf nach der vollen Annexion Fiumes strebt. In Rom wird dieses Gerücht mit Verwunderung aufgenommen.

Ermordung eines bulgarischen Führers. Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Führer der Agrarier, **Demianow**, ermordet worden ist. Aus Bukarest wird von einer Bewegung gegen die neue Regierung gemeldet, die von Rußland unterstützt sein soll; Rußland soll sogar militärische Hilfe zugesagt haben.

Ernste innerpolitische Lage in Spanien. Im Senat in Madrid spielten sich stürmische Szenen ab. Es kam zu einer Schlägerei, wobei einer der Senatoren einen Revolver zog und damit seine Gegner bedrohte. Die Diener nahmen ihm die Waffe weg. Die Zeitungen sind der Meinung, daß die politische Lage im Lande noch sehr ernst sei. Die Ereignisse wurden durch die Absendung eines in beleidigendem Tone abgefaßten Schreibens des Generals **Agilera** an den ehemaligen Minister Sanchez-Oca verursacht. Der General soll Offizieren gegenüber erklärt haben, wenn die Politiker versuchen sollten, ihn zum Verlassen seines Postens zu zwingen, **dann werde er an die Spitze der Armee treten, um alle zu beseitigen.** Am Abend befaßte sich der Ministerrat mit der Angelegenheit des Generals, eine Entscheidung wurde jedoch nicht getroffen. In den militärischen Kreisen ist große Erregung zu bemerken. In Verbindung mit den letzten Ereignissen im Senat ist **der Verkehr zwischen Madrid und Barcelona** eingestellt worden. Dem Chauffeurstreik haben sich heute die Straßenbahner angeschlossen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt)
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Am 9. Juli, abends 11¼ Uhr verschied nach langem, mit großer Geduld ertragenem schweren Leiden kurz vor Vollendung ihres 67. Lebensjahres unsere geliebte Schwester, die verw.

Frau Klara Reetz,

geb. **Wende.**

Posen (Wały Jana III Nr. 8), den 10. Juli 1923.

Maria Coake, geb. Wende.
Martha Dankwarth, geb. Wende,
Johanna Wende.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. d. Mts., von der Leichenhalle des neuen Paulikirchhofes aus statt.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.: **Versand-Buchhandlung** liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke:

Jacques, Am Bodensee Skizzen und Erlebnisse.
Pummerer, Organische Chemie.
Gerlach, Atome, Elektrizität, Energie.
Kohlhardt, Dein Schädel verrät Dich!
Steinitzer, Das Land Tirol.
Huggenberger, Jochems erste und letzte Liebe. Humor Roman.
Griesebach, Erkenntnis und Glaube.
Brehms Tierleben. 4. Auflage 13 Bände
dito Volks u. Schulausgabe 3. Aufl. 4 Bände.
Gerbing, Geographischer Bilderatlas von Europa.
Helmolt's Weltgeschichte. 2. Aufl. 9 Bände.
Meyers Handlexikon. 8. Auflage.
Ranke, Der Mensch. 3. Auflage 2 Bände.
Vogt-Koch, Geschichte der deutschen Literatur 4. Aufl. 2 Bände.
A. Brehm, Haustiere.
A. Brehm, Kleine Schriften.
Die Völker Europas und des Orients.
Die deutschen Sitten und Bräuche.
Der Aufschwung der deutschen Kultur.
M. von Gottschall, Auf heiß umstrittener Erde. Roman.
Merzenich, Der fremde Vogel. Roman.
Philippi, Vom Weibe bist Du. Roman.
Epiktet, Handbüchlein der Moral.
Carneri, Der moderne Mensch.
Seneca, Vom glückseligen Leben.
Smiles, Der Charakter

Suche für meinen Sohn

Pacht

von sogleich oder Juli 1924. Bedingung:

800 bis 1000 Morg. gut. Boden.

Gefl. Offert. u. **C. K. 7007** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Kaufe Pianinos

und zahle die höchsten Preise.

Offerten mit Preisangabe unter **G. 2751** an **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań,** św. Marcin 40.

Johannisbeeren,

etwa **30 Zentner**, schöne rote Ware, möglichst im ganzen **zu verkaufen**. Offerten mit **Preis** an (7992
Fr. Hartmann, Oborniki.

Sofort lieferbar, antiquarisch gut erhalten:

Meyer's Universum oder Abbildung u. Beschreibung des Sehenswertesten u. Merkwürdigsten der Natur u. Kunst auf der ganzen Erde. 21 Bde. (1860).
Faustus. Ein Gedicht von Ludwig Bechstein. (1833).
Dr. Wolfheim, National-Literatur sämtlicher Völker des Orients. 1. Bd. (1870).
Lieder zu Schutz u. Trutz. Gaben deutscher Dichter aus der Zeit des Krieges im Jahre 1870. 3. Sammlung.
Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart. Monatsschrift zum Conversations-Lexikon. Neue Folge. 3 Jahrg. 1. Hälfte. (1867).

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
(vorm. Ostdeutsche, früher Merzbach'sche Buchdruckerei).

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat **Juli 1923**

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6
täglich bis 15. Juli einschließlich:

Das Gasthaus am Kreuzwege

Das hervorragende, einen jeden hinreißende Bild in 6 Akten nach dem Kończyńskischen Scenarium. In der Hauptrolle d. schönste poln. Künstlerin
Helene Zachorska
Außerdem nimmt daran teil eine Anzahl d. besten Künstlerinnen u. Künstler der Warschauer Theater. Dieses Bild wurde an 17 Tagen hintereinander verfilmt im **Colosseum**, dem größten **Warschauer Kino.**
Anfang der Vorstellungen um **4½, 6½ u. 8½ Uhr,**
an Feiertagen um **4 Uhr**, die **letzte** um **8½ Uhr.**

Offeriere Ia. (7979

Kachelöfen und Kochherde

nebst allen Zutaten,

Wandfliesen, Chamottesteine und -Platten.

Otto Knaack, Ofen- und Blumentopf-Fabrik, **Gniezno,**
Telephon 290. Słomianka 7.



Deutscher Theaterverein Posen.
Mittwoch, den 11. Juli 1923
abends 8 Uhr,
im Saal des Zoologischen Gartens:
Einmaliges Gastspiel des Herrn Paul Hilbig-Edelhof, Danzig.

Nur ein Traum.

Lustspiel in 3 Akten von Lothar Schmidt.

Eintrittskarten zu 4000, 6000, 8000 und 10000 Mk. sowie Programme zu 1000 Mk. sind im **Vorverkauf** im Zigarrengeschäft von **Gumnior**, św. Marcin, Ecke Gwarna sowie an der Abendkasse zu haben.

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. (2076b

Ernte-Pläne

für die kommende Ernte offeriert (598
:: bei sofortiger Lieferung ::

Tow. Akc. „Juta" Poznań,
ul. Fredry Nr. 1.
Telephon 22-45. Telegr.-Adr.: **Juta, Poznań.**

Suche für meine Freundin, evangel., Waise, angenehmes Äußere, 25 Jahre alt, sehr wirtschaftlich, mit angenehmem Heim, anständige

Herrenbekanntschaft zwecks Heirat,

(Landlehrer bevorzugt, da ihm Lebensstellung geboten wird). Gefl. Offert. unt. **E. U. 8003** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Hausschneiderin

empfiehlt sich für **Nachmittag- und Abendkleider,** auch **Mäntel und Capes.**
Offerten unt. **8013** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Als Ausbesserin

außer dem Hause empfiehlt sich den Herrschaften
Ida Franke,
Bergerstift. Zimmer 39.

Landaufenthalt auf Gut, Försterei oder Pfarrhaus (möglichst mit Kindern) für **13 jährige Schülerin** für **2—3 Wochen**, von **sofort gesucht.** Offert. mit **Preis** unt. **Nr. 8001** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

---

10 000 Schamottsteine, 225 Gipsrosetten, diverse **Eisenrohre, Eisenträger, Eisenplatten, Zement-Dachstein-, Drainröhren-, Fliesen-Maschinen,** rote, gelbe, schwarze **Farbe** für Zementwaren, kiefer. **Borke, Sägespäne, Brennholz** verkäuflich.
Eggebrecht, Wieleń.

Wir bieten, fast wie neu, zum Kauf an:
Andree's Allgemeiner

Handatlas

in 126 Haupt- und 137 Nebenkarten, gebunden, vierte, völlig neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Gold,

Brillanten, Silber
Gelegenheitskäufe.
Verkauf und Ankauf.
Chwiłkowski,
Poznań, św. Marcin 40.

Schilder :: Plakate jeder Art fertigt an Majewski, św. Marcin 24 III, Vh.

Sommersprossen, Sonnenbrand, gelbe **Flecke**, beseitigt unter Garantie
Axela-Crème
½ Dose 15 000 M., ¼ Dose 8000 M. **Axelaseife**, 1 St. 10 000 M. **J. Gadebusch, Poznań,** Nowa 7

Sofort lieferbar:
Fritz Mielert

Westfalenbuch

unter Mitwirkung von Künstlern und Schriftstellern. Gebunden.
Groß Quartformat
280 Seiten.
Ein ausgezeichnetes Kulturwerk.
Preis 85 000 M.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Arbeitsmarkt

Junge Dame

als Stenotypistin u. Uebersetzerin gesucht

Nur Kräfte, welche die polnische Sprache einwandfrei beherrschen, wollen sich unter **Nr. 8015** bei der Geschäftsstelle dieses Blattes melden.

Suche für Kolonial- u. Schankgeschäft tüchtige polnisch und deutsch sprechende **Verkäuferin,**

die der Hausfrau auch in der Hauswirtschaft zur Hand geht. Ebenso **suche** für **sofort** oder später zu meiner Unterstützung in ca. 100 Morgen großer Landwirtschaft

tüchtigen, unverheirateten Menschen,

der selbst mit Hand anlegt. Offerten bei freier Station und Familienanschluß erbittet (8005
Ewert, Tierarzt, Polajewo.

Für das Central-Büro eines größeren industriellen Unternehmens

wird zum **baldigen Antritt** ein

Bürochef

der polnischen und deutschen Sprache durchaus perfekt, mit allen vorkommenden Büroarbeiten aufs Beste vertraut und über beste kaufmännische Kenntnisse verfügend, **gesucht.** Es wird nur auf eine ausgesproch. **Ia Kraft** reflektiert. Evtl. wird freie Wohnung, Beheizung u. Beleuchtung zur Verfügung gestellt. Gefl. Angebote mit ausführlichem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind unter **„Erste Kraft" Nr. 8011** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Akademisch gebildeter Landwirt, 45 Jahre alt, 1 Kind, geborener Posener, spricht gut polnisch, der seit 23 Jahren in der Provinz Sachsen in intensiven Wirtschaften als Oberbeamter tätig war und noch in ungekündigter Stellung ist, **sucht** Tätigkeit als

Güterdirektor, Oberinspektor oder Administrator.

Max Sebenski, Stedten, Bez. Halle a. S. (Deutschl.)

Aeltere, tüchtige

Stellmacher,

sowie **einen tüchtigen**

Wagenlackierer

verlangt für dauernd (8010
Wagenfabrik Martin, Gniezno (Gnesen).

Wirtin,

für Schloßhaushalt, erfahren im **Kochen, Backen, Einwecken u. Milchwirtschaft für 1. August gesucht.** Meldungen m. Zeugnisabschr. und Gehaltsforderungen an
Dom. Rogowo,
poczta Krobia, powiat gostyński, erbeten. (8009

Dame, Anfang 30 Jahre, elternlos, **sucht Stellung als Stütze** in nur besserem jüd. Hause, könnte auch im Geschäft behilflich sein. Angebote unt. **8014** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Kinderlose **Herrschaft sucht** zum sofortigen Antritt (8004

Mädchen für alles

welches gleichzeitig perfekte Köchin sein muß. Angenehme, dauernde u. gutbezahlte Stellung. **Persönliche Meldungen** m. Zeugnissen, ab Sonntag den **15. Juli** **ul. Konopnickiej Nr. 9**, part., früh. Goethestraße.

Ankäufe u. Verkäufe

Haus,

massiv, **im Zentrum** oder Vororten Poznań, im Preise bis **200 Millionen zu kaufen gesucht.** Offerten unt. **8012** an die Geschäftsstelle d. **Blattes** erb.

Ein gut erhaltener

Herrenanzug

für mittelgroße Figur **preiswert zu verkaufen.** Angebote unt. **B. 7988** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Zeitungsbezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets

an das Postamt wenden,

welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuerst bewirkt hat. Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir, eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 zu richten. Das „Posener Tageblatt" kann zu jeder Zeit bestellt werden.

Die Lage der Landwirtschaft im besetzten Gebiet.

Während bis Ende vorigen Jahres die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft im besetzten Deutschland durch die Besatzung nicht allzu sehr beeinträchtigt worden waren, hat sich die Lage seit der Ruhrbesetzung wesentlich verschlechtert. Die Besetzung des Ruhrgebietes hat bekanntlich zur Folge gehabt, daß auch in den schon früher besetzten Teilen Westdeutschlands die Maßnahmen der Franzosen sehr verschärft worden sind. Die Verkehrsverhältnisse haben eine ganz wesentliche Verschlechterung erfahren; zum Teil ruht der Güteraustausch mit dem unbesetzten Deutschland vollständig. Von diesen Veränderungen ist auch die deutsche Landwirtschaft nicht unbeeinflußt geblieben, denn der moderne landwirtschaftliche Betrieb baut sich auf dem Bezug von Produktionsmitteln verschiedener Art, insbesondere Kunstdüngemitteln auf und ist fernerhin auf die Lieferung von Betriebsstoffen, wie Kohle, Benzin usw. unbedingt angewiesen. Man kann zwar die Einwirkungen der verschlechterten Lage nicht im einzelnen analysieren, doch läßt sich immerhin durch einige charakteristische Merkmale der Gang der Entwicklung deutlich klarlegen.

Die ungünstigen Verkehrsverhältnisse haben dahin geführt, daß der Landwirtschaft des besetzten Deutschlands in diesem Frühjahr die bestellten Kunstdüngemittel nicht restlos geliefert werden konnten; in manchen Gebieten besteht ein großer Mangel an Kunstdünger. Dies erkennt der Fachmann, der durch das besetzte Gebiet fährt, sofort an dem Stande der Saaten; man kann jetzt schon wahrnehmen, daß viele Felder ganz entschieden unter dem Mangel an Kunstdünger leiden. Auch der Bezug von Kraftfuttermitteln konnte nicht in der wünschenswerten Weise durchgeführt werden. Es ist daher nicht überall gelungen, die Viehbestände unversehrt durch den Winter zu bringen, vielmehr mußten in verhältnismäßig großem Umfande Schlachtungen vorgenommen werden, um mit den vorhandenen Futtermengen wenigstens die wertvollsten Teile des Viehbestandes in gutem Zustande bis zum Frühjahr durchzubringen. Hätte die neue Weideepoche infolge der relativ günstigen Witterungsverhältnisse in diesem Jahr nicht ziemlich zeitig eingesetzt, so wäre die Notlage noch viel größer geworden. So aber konnte man das Vieh schon recht früh im Frühjahr austreiben.

Von besonderer Bedeutung sind die Verkehrsschwierigkeiten für den Bezug von Saatgut gewesen. Der schlechte Stand des Hafers in vielen Teilen des besetzten Gebietes wird darauf zurückgeführt, da ßin diesem Jahre als Saatgut eine ziemlich minderwertige Ware, nämlich der im letzten Jahr in der eigenen Wirtschaft erzeugte Hafer, benutzt werden mußte. Die vorjährige Ernte war nämlich infolge des nassen Sommers nicht allzu gut und ist zu Saatzwecken schlecht geeignet. Der Bezug von besserem Saatgut aus anderen Gebieten ist aber infolge der Verkehrsverhältnisse unmöglich gewesen. Noch ernster ist die Lage bei den Kartoffeln. Das besetzte Deutschland ist von jeher genötigt gewesen, seine Saatkartoffeln aus den mittleren und östlichen Teilen Deutschlands zu beziehen, weil auf dem schweren Boden Westdeutschlands gute Saatkartoffeln nicht produziert werden können. Auch im Kriege mußten alljährlich Pflanzkartoffeln nach Westdeutschland geschickt werden. Diese Versendung war in diesem Jahre in nur ganz beschränktem Maße möglich, und man muß daher in diesem Jahre gerade in Westdeutschland eine verhältnismäßig bedeutende Einschränkung des Kartoffelbaus feststellen. Wo aber Kartoffeln gebaut sind, kommt als ungünstig in Betracht, daß man als Saatgut die wenig geeignete eigene Erzeugung Westdeutschlands benutzt hat. Diese Verwendung von selbst gebauten Kartoffeln als Saatgut wird sich im Herbst dieses Jahres in einem Ertragsrückgang ausdrücken. Daher dürfte dann für den Fall, daß bis dahin eine Besserung der Verkehrsverhältnisse noch nicht eingetreten ist, die Kartoffelversorgung des besetzten Westdeutschlands äußerst gefährdet sein. Abgesehen davon, daß Westdeutschland sowieso ein Zuschußgebiet landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist, weil die Eigenproduktion zur Versorgung der Bevölkerung nicht ausreicht, ist dann noch eine Minderung der Eigenernte zu erwarten.

Auch sonst machen sich die schwierigen Transportverhältnisse ungünstig bemerkbar, weil landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, die für die Frühjahrsbestellung gekauft waren, nicht rechtzeitig eingetroffen sind. Vor allen Dingen aber fällt ins Gewicht, daß durch die einschränkenden Verkehrsbestimmungen zwischen den einzelnen Ortschaften auch die Arbeiterverhältnisse in der Landwirtschaft eine wesentliche Verschlechterung erfahren haben. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind zum großen Teil nicht nur in den eigenen Ortschaften tätig, sondern gehen zu Zeiten größeren Arbeitsbedarfs nach den Orten, wo ein gewisser Arbeitermangel besteht. Weil dieser lokale Verkehr durch die strengen Kontrollmaßnahmen der Franzosen sehr behindert worden ist, leidet der Anbau derjenigen Kulturen, die einen größeren Bedarf an menschlicher Arbeitskraft haben; die Anbaufläche der Hackfrüchte mußte eingeschränkt werden.

Alles in allem ist festzustellen, daß nun auch die landwirtschaftliche Produktion unter den Einwirkungen der rücksichtslos durchgeführten französischen Besatzungsmaßnahmen von Tag zu Tag mehr leidet, — eine Minderung der landwirtschaftlichen Erzeugung Deutschlands, die unbedingt eine Vergrößerung der Einfuhr zur Folge haben muß und die durch die damit hervorgerufene Verschlechterung der Handelsbilanz auch auf den Wert der Mark ungünstig wirkt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 10. Juli.

Ein neuer Todesfall durch Ertrinken.

Die Warthe hat gestern nachmittag 6 Uhr abermals ein Todesopfer — das siebente seit vergangenem Donnerstag! — durch Ertrinken gefordert; diesmal wieder einen Studenten, und zwar den 23jährigen stud. med. Anton Pawlikowski aus Lodz, der in der ul. Wyspiańskiego 4 wohnte und in der früher Zeidlerschen Badeanstalt badete. Er schwamm dabei in die freie Warthe hinaus und ging plötzlich, vermutlich infolge eines Herzschlags, unter. Man begann sofort nach ihm zu suchen; er konnte jedoch erst nach 7 Minuten als Leiche geborgen werden. Die bedenklich wachsende Zahl der Todesfälle durch Ertrinken scheint mit in dem Umstande zu suchen zu sein, daß die lange Verzögerung des Beginns der Badezeit viele Leute dazu veranlaßt, ihre Kräfte die durch das Baden, hauptsächlich aber durch das Schwimmen in Anspruch genommen werden, zu überanstrengen und so Herzschläge entstehen.

Die Leiche des in der vergangenen Woche beim Baden in der Warthe ertrunkenen Lehrersohnes aus Rataj, des 22jährigen cand phil. Kroehl, ist am Sonntag abend in Biedrusko aus der Warthe gezogen worden. Ebendort wurde gestern abend kurz nach 9 Uhr eine unbekannte Männerleiche, 1,65 Meter groß, mittlerer Statur, mit schwarzen Haaren, von zwei Sergeanten geborgen. Der Mann war 28 bis 30 Jahre alt und ist zweifellos auch beim Baden ertrunken.

Der Postbeamtenprozeß.

Die viertägigen Verhandlungen in dem großen Postbeamtenprozeß, die vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts geführt wurden, endeten, wie in der Dienstagausgabe des „Pos. Tagebl." bereits kurz mitgeteilt wurde, am Sonnabend nachmittag mit der Freisprechung von sieben Angeklagten, und zwar des Postdirektors Rojewski, des Vizepostdirektors Bujan, der Postinspektoren Kwamański, Truszkowski und Latosiński und der Postsekretäre Niedzielski und Ossowski, während der frühere Beamtenaushelfer Buntzel wegen Veruntreuung amerikanischer Briefe zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurde unter Anrechnung der fünfmonatigen Untersuchungshaft, so daß ihm voraussichtlich unter Anwendung der neuen Amnestie eine Strafe nicht zu verbüßen bleibt.

Die Sache erregte im November 1921 über die Grenzen Polens hinaus berechtigtes Aufsehen, da es sich zum größten Teil um alte, im Dienste ergraute ehemalige deutsche Beamte handelte, denen Unterschlagungen von Millionen, Entwendung von amerikanischen Briefen und andere schwere Verfehlungen im Dienst zur Last gelegt wurden. Von den vielen Anschuldigungen blieb in der Verhandlung nicht viel übrig. Von dem Wenigen aber zog der Staatsanwalt noch in der Verhandlung die Anklage gegen den Postdirektor Rojewski wegen Veruntreuung von Leder und gegen den Postinspektor Truszkowski und den Postsekretär Niedzielski wegen Unterschlagung von über eine Million zurück, so daß schließlich nur noch die Anklage wegen unbefugter Aneignung amerikanischer Liebesgaben, sowie gegen Buntzel wegen Unterschlagung amerikanischer Briefe übrig blieb. Die Angeklagten beteuerten sämtlich ihre Unschuld und behaupteten, ihre ursprünglich auf der Polizei gemachten Geständnisse seien unter moralischem Druck und starker seelischer Depression erfolgt, vor allem aber infolge der Versprechungen des vernehmenden Kommissars, sie sofort freizulassen, falls sie sich schuldig bekennen. Von einigen Zeugen wurde sogar bekundet, daß dem Angeklagten Buntzel gedroht wurde, ihn zu schlagen, wenn er nicht die Wahrheit sage. Von der Verteidigung wurden die von dem Kommissar angewandten Methoden, Geständnisse zu erreichen, scharf kritisiert, und es wurden Zeugen für ähnliche Fälle geladen.

Betreffs der amerikanischen Sachen erklärten sämtliche Angeklagten übereinstimmend, daß es sich um keine Postpakete oder überhaupt Postsendungen handelte, sondern um Gegenstände aus amerikanischen Liebesgaben, die zum Teil schon auf dem Wege von Amerika her, zum Teil in den Docks von Danzig beschädigt und ihres Inhalts beraubt worden waren. Diese Reste, bestehend meist aus alten zerrissenen und beschmutzten Kleidungsstücken, Stoffen usw. waren in Danzig gesammelt worden, und die dortige Dyrekcja Poczt sandte sie, lose in Säcken verpackt, zum Postamt Posen W. 3, wo sie unter dem Postpersonal verkauft werden sollten. Von diesen Gegenständen haben sich einige Angeklagte einzelne fast wertlose Sachen ausgesucht, jedoch, wie das Gericht in Übereinstimmung mit der Aussage des Vizepräsidenten der Oberpostdirektion ausdrücklich feststellte, nicht in der Absicht, sich diese ohne Bezahlung anzueignen, sondern um sie bei der allgemeinen Versteigerung abschätzen zu lassen und zu bezahlen.

Die Verteidiger Dr. Krzyżankiewicz, Dr. Jagielski, Grybski und Dr. Glatzer plädierten auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Betreffend des Angeklagten Buntzel hob sein Verteidiger auch hervor, daß dieser nicht als Beamter im Sinne des Gesetzes anzusehen sei.

Die zahlreich im Zuhörerraum anwesenden Kollegen und Untergebenen der Angeklagten beglückwünschten die Freigesprochenen beim Verlassen des Gerichtssaales aufs herzlichste.

Die Verhandlung selbst, die bei überfülltem Saale und tropischer Hitze stattfand, bot, wie schon aus vorstehendem hervorgeht, eine Fülle interessanter Momente. Nach Schluß des dritten Verhandlungstage ließ der Staatsanwalt, ohne daß vorher während der Verhandlung etwas davon verlautet hätte, den Zeugen Oberpostassistent Saß wegen Meineids festnehmen. Schon am nächsten Mittag wurde er aber durch den Untersuchungsrichter mangels hinreichenden Verdachts wieder entlassen. — Trotz des Protestes der Verteidigung wurde die Aussage des Postassistenten Nikolaus Körner verlesen, der, wie wir seinerzeit meldeten, später aus dem hiesigen Gefängnis entsprungen ist und jetzt in Deutschland eine Metallwarenfabrik besitzt. Zu seiner Widerlegung ließ die Verteidigung die Witwe des Rechtsanwalts S. Cohn vernehmen, die bekundete, daß Körner aus dem Gefängnis an Buntzel einen Brief gerichtet hat, in dem er diesen gewissermaßen um Entschuldigung bat, daß er ihn in die Sache hineingezogen hätte. Aber Buntzel sei kein Beamter und werde deshalb gelinder bestraft als Körner.

Der Angeklagte Buntzel erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er gegen seine Verurteilung Revision einlegen werde, da er unschuldig sei.

Ein ländliches Waldfest.

Der Bauernverein Złotnik feierte am letzten Sonntag in dem mit Girlanden und Lampions freundlich geschmückten Birkenwäldchen in der Nähe des Dominiums Złotnik ein Waldfest, das — was gleich vorweg gesagt sei — so mustergültig vorbereitet war und so harmonisch verlief. daß dies mit Dank öffentlich anerkannt zu werden verdient. Der Himmel selbst muß es wohl recht gut mit den Zlotnikern meinen und ließ sie und uns andere, die wir „seitwärts durch den Wald als räudige Schäflein herbeigetrabt" kamen, den „allersonnigsten Sonnenschein kosten". Um das reiche Programm überhaupt abwickeln zu können, fing man beizeiten damit an: um 2 Uhr (aber bitte natürlich nachmittags!).

Der Vereinsvorsitzende, Rittergutsbesitzer Leutnant Hoffmeyer, sprach trefflich von dem Zweck des Festes, das den Landwirt nach den Wochen drückender Sorgen um das Ergebnis der Arbeit eines Jahres froh ausschauen lassen soll, wenn auch durch dieses Fest das Wort von den sauren Wochen und frohen Festen einmal in umgekehrter Folge gebraucht, also das Fest vor die kommenden Wochen schwerster Arbeit gestellt wird. Das vornehmste Ziel der Veranstaltung sei aber, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu fördern und Liebe zur Heimat zu pflegen. — Ein Wagenkorso bewies den Schönheitssinn aller Bewerber, naturgemäß konnten aber nicht alle mit Preisen bedacht werden. Über das nun folgende Pferderennen Fachsimpeleien anzustellen, scheint bei dem mangelnden „Pferde-Verstand" des Berichterstatters nicht geraten, soviel aber hat er jedenfalls doch feststellen können, daß allemal einer der Reiter als erster, ein anderer als letzter am Ziel landete, und daß dieser Erster in zwei Rennen ein verwegen reitendes 13jähriges Bürschchen namens Brauer aus Suchylas war. Kleinere Mädels und Jungens in schmucken Kostümen führten singend und bei Geigenklang Reigen und Tänze auf, die vorzüglich klappten und viel Freude machten. Dann gab die reifere Jugend, entsprechend originell gekleidet, ein ganz köstliches Reimspiel zum Besten: ein Wettstreit der Feldfrüchte um ihre Nützlichkeit; ein Streit, in den sich vorwitzig auch allerhand Unkraut drängte, das aber von dem zuletzt auftretenden Bauern bedroht und vom Acker verwiesen wird. — Heiterste Stimmung riefen die von Frau Hoffmeyer verfaßten und von einem Sextett junger Mädchen lustig vorgetragenen Klapphornverse hervor Dabei bekam so mancher unentgeltlich eine kräftige Pille zu schlucken, bitter aber nur für den gerade Betroffenen, um so lieblicher ging es den doch gewiß gar nicht schadenfrohen Zuhörern ein. — Den Kindern bot man viel Kurzweil mit Wettlaufen, Topfschlagen und Kreisspielen, und dieser Beschäftigung widmeten sich die kleinen Herrschaften trotz der Ferien, gab es doch eine Masse begehrenswerter Preise. Die tausendwöchige Jugend und auch ältere Semester hatten sich bald auf dem fein hergerichteten Tanzplatz vor dem Musikstand zusammengefunden. Wie lange sie sich da standhaft hielt, darüber möchte der Berichterstatter diskret schweigen — aber vielleicht weiß es die montägliche Morgensonne — —?

Dankbar erkennen alle Teilnehmer die von Frau und Herrn Hoffmeyer übernommene große Mühe der Einleitung und Durchführung des Festes an, und es ist nur zu bedauern, daß es nicht öffentlich angekündigt war, um so noch mehr Mitmenschen ein rechtes ländliches Fest mitfeiern zu lassen. Das wäre ein Mittel mehr dazu gewesen, das wechselseitige Verstehen zwischen Stadt und Land zu fördern, der vermeintlichen Vereinsamung entgegenzukämpfen und die Liebe zur Heimat fester zu gründen, und das sollte dieses Fest nach dem Wunsche des Veranstalters, der das unter den von Deutschland abgetrennten Holsteinern jetzt umlaufende Wort mahnend ausrief: „Wer die Heimat nicht liebt und die Heimat nicht ehrt, ist ein Schuft und der Heimat nicht wert!" K. J.

× **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet morgen Mittwoch, nachmittag 6 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Angelegenheiten:

Wahl von 4 Vertretern für die Städtetagung in Kattowitz, Bewilligung einer 48prozent. Gehaltszulage für die städtischen Beamten und Angestellten, wobei die Vorschußzulage von 28 v. H. in Abzug gebracht wird; Erhöhung der Arbeiterlöhne; Erhöhung der Gebühren für elektrischen Strom und der Gebühr für Stromzähler; Erhöhung des Wassergeldes; Ausbau des Wassernetzes; Bau von Bedürfnisanstalten; Aufnahme einer Anleihe für den Bau eines Wohnhauses in der Rybaki (fr. Fischerei) nach dem Muster des Ledigenheims; Aufnahme einer Anleihe für den Bau einer Baracke in Gurtschin und Aussprache über den Haushaltsvoranschlag für 1923.

Eisenbahnverkehr. Von heut, Dienstag, ab stellt der Triebwagenzug Nr. 3021A/3022A auf der Strecke Obornik—Bomblin seinen Verkehr ein. Die Personenzüge 3027/3028 und 3029/3030 verkehren auf derselben Strecke vom 10. Juli ab nur am Mittwoch und an Sonn- und Feiertagen.

× **Der Sejmmarschall als Lebensretter.** Der „Kurjer Czerwony" meldet, daß Sejmmarschall Rataj am Sonntag bei Hela einen zehnjährigen Knaben vom Tode des Ertrinkens gerettet hat.

Die Pensionspreise in den polnischen Kurorten sind mit Rücksicht auf die fortschreitende Entwertung der polnischen Mark ebenfalls stark gestiegen. Dem „Przegl. Wiecz." zufolge sind die Normalpreise in Zakopane vom 1. Juli an folgendermaßen festgesetzt: Die Verpflegung kostet in den Pensionaten ersten und zweiten Ranges 45 000 — 52 000 — 63 000 Mk. die Person. Ein Zimmer für eine Person einschließlich Wäsche und Bedienung kostet 12 000 bis 15 000 Mk., für zwei Personen 13 500 — 22 500 — 30 000 Mk. Für Beleuchtung sind außerdem täglich für jedes Zimmer 2000 Mk. zu entrichten.

× **Noch ein Wetterlostag.** Heute, Dienstag, der 10. Juli, ist der Tag der „Sieben Brüder", der nach Ansicht vieler Leute, die dem Siebenschläferglauben (27. Juni) nicht huldigen, für das Wetter die gleiche Bedeutung haben soll, wie der Siebenschläfer, das heißt also, falls es heute regnet, haben wir mit einem Regenwetter von sieben Wochen zu rechnen. Warten wirs ab.

× **Friedhofsfrevel.** Es gibt in Posen wohl keinen einzigen Friedhof irgendeiner Konfession, auf dem nicht diebische Personen, des weihevollen Charakters der Friedensstätten nicht achtend, in den letzten Jahren Spitzbübereien an Grabmälern vorgekommen wären, der Blumendiebstähle, die ja auch die Friedenszeit schon kannte, nicht zu gedenken. Ein derartiger arger Friedhofsfrevel wurde dieser Tage wieder auf dem St. Lukasfriedhofe entdeckt. Spitzbuben hatten an einem großen aus Stein errichteten Erbbegräbnisse nicht nur schwere eiserne Ketten von erheblicher Länge, die die Steinpfeiler miteinander verbanden, sondern auch Metallarabesken, ja sogar die Buchstaben und Zahlen aus der Inschrift gestohlen; auf dem benachbarten Erbbegräbnis hatten sie sich auf die Mitnahme von eisernen Ketten beschränkt. Da diese Diebstähle meist des Nachts von allerlei lichtscheuem Gesindel verübt werden, ist es ungewöhnlich schwer, dieses auf frischer Tat zu überraschen oder ihm auf die Spur zu kommen.

Der Deutsche Theaterverein bittet uns, auf die morgen, Mittwoch, stattfindende Aufführung des Lustspiels „Nur ein Traum" hinzuweisen. Das Auftreten eines Berufsschauspielers, des Danziger Gastes Paul Hilbig-Edelhof, soll dartun, wie ernstlich der Theaterverein bemüht ist, sein Publikum in jeder Weise zufrieden zu stellen. — Die Erhöhung der Eintrittspreise bedeutet keine willkürliche Maßnahme raffgierigen Unternehmertums, sondern wurde lediglich durch die unerbittliche Notwendigkeit diktiert, die alles andere eher als fürstlichen Existenzmittel des Vereins mit der herrschenden Indexziffer auszugleichen. Es ist hoffenswert, daß die Konkurrenz mit dem schönen Wetter nicht zu arg zu Ungunsten des Theatervereins ausgehen wird.

× **Auf das Konzert der Koloratursängerin Ada Sari,** das heute, Dienstag, im großen Konzertsaale der Universität stattfindet, sei nochmals aufmerksam gemacht.

Der Verein deutscher Sänger bittet uns, mitzuteilen, daß die Übungsstunden des Vereins bis auf weiteres ausfallen. Die erste Übungsstunde nach den Ferien findet am Mittwoch, dem 1. August d. Js., um 8 Uhr im Evang. Vereinshause statt.

× **Wer ist der Eigentümer?** Auf dem Boden eines Hauses der Wallischei wurden 6 fast neue Messer und Gabeln, die vermutlich von einem Diebe dort versteckt worden waren, aufgefunden. Sie können im 5. Polizeikommissariat (Wallischei) besichtigt werden.

× **Der gestern gemeldete Pferdediebstahl** beim Landwirt Ratajczak in Stenschewo ist von der Staatspolizei sehr schnell aufgeklärt worden. Der Dieb und seine Beute wurden ermittelt, so daß der Besitzer sehr schnell wieder zu seinem Eigentum kam.

× **Diebstähle.** Gestern wurde aus einem Amtszimmer Wały Jana III Nr. 11 eine Schreibmaschine Marke „Adler", Modell VII Nr. 251 117 im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen. Einem auswärtigen Herrn wurde gestern Abend gegen 9½ Uhr auf der św. Marcin (fr. St. Martinstr.) eine Geldtasche mit fünf Millionen Mark gestohlen. Ferner wurden aus einer Wohnung in der ul. Słowackiego 37 (fr. Karlstr.) Herren- und Damenkleidungs-, sowie Wäschestücke im Werte von 7 Millionen Mark gestohlen.

---

psch. **Schwersenz,** 9. Juli. Nicht ein Kirchenkonzert war es, sondern eine Weihestunde, die der Gemeinde und allen Freunden einer ernsten Musik in den Nachmittagsstunden des Johannistages in der hiesigen evangelischen Kirche geboten wurde. Wenn der Gottesdienst in zwei Teile zerfällt, einen, in dem wir Gott dienen durch unseren Gesang, und den anderen, in dem Gott uns dient durch die Predigt und sein Wort, so war dies ein Gottesdienst. Gottbegnadete Künstler haben uns mit ihren Leistungen erfreut und erbaut. Wie ein Feldherr im Kriege niemals hervortritt und doch das Ganze leitet, so saß Herr Pastor Greulich an der Orgel im Hintergrunde und begleitete das ergreifende Cellospiel seines Sohnes, des stud. mus. Greulich, den zu Herzen gehenden Gesang der Damen, des Fräulein Fuchs und Fräulein Wilhelm. Nicht vergessen wollen wir den wohlgelungenen Gesang, mit dem der evangelische Kirchenchor die Darbietungen eröffnete. Reicher Dank gebührt allen Mitwirkenden. Der Besuch des Konzerts war sehr zahlreich, der Ertrag der Veranstaltung für die Landkrankenpflegestation betrug über eine Million Mark.

---

* **Birnbaum,** 8. Juli. Eine abermalige Brotverteuerung ist eingetreten. Um weitere tausend Mark ist hier der Preis für ein Zweieinhalbpfundbrot gestiegen, so daß es jetzt 5500 Mk. kostet. — In den letzten Tagen waren hier, wie auch anderwärts, Zigaretten nicht mehr zu haben, so daß passionierte Raucher auf ihren gewohnten Genuß verzichten mußten. Von der Staatspolizei wurden deshalb in verschiedenen Geschäften Haussuchungen nach Zigarettenvorräten gehalten. An einzelnen Stellen sollen unbeträchtliche Bestände ermittelt worden sein.

□ **Bromberg,** 9. Juli. Am Sonnabend und Sonntag fand hier das Bundessängerfest der deutschen Männerchöre Posen-Pommerellen unter Teilnahme weiter deutscher Kreise

aus Stadt und Land statt. Eröffnet wurde es mit einer musikalischen Vesper am Sonnabend nachmittag in der Evangelischen Pfarrkirche. Abends schloß sich der Begrüßungsabend in Patzers Räumen an. Den Höhepunkt der Veranstaltungen bildete das große Festkonzert in Patzers Garten. Der Verlauf des Bundessängerfestes war glänzend. „Mit Genugtuung und Freude dürfen daher, wie es in einem Bericht der „Deutsch. Rundsch." heißt, „alle Teilnehmer, und damit weite Kreise unseres deutschen Volkstums im Teilgebiet, auf den erhebenden, an starken weihevollen Eindrücken reichen Verlauf des ersten Bundessängerfestes Posen-Pommerellen zurückblicken."

hm. Buk, 9. Juli. Der Kunst- und Handelsgärtner Samuel hat, nachdem ihm seine Wohnung in der Dobieschiner Straße gekündigt worden war, auf seinem Gärtnereigrundstück in der Bahnhofstraße ein eigenes sehr geschmackvolles Wohnhaus aufbauen lassen und es mit künstlerischen Zieranlagen umgeben. Die Gärtnerei hat er ganz bedeutend vergrößert; einen besonderen Ausbau hat außerdem die von ihm großzügig angelegte Bienenzucht erhalten. — Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Butter in den letzten Stunden bis 16 000 M. für das Pfund und für die Mandel Eier 13 000 M. bezahlt.

* Duschnik, 9. Juli. Am Sonntag, dem 1. d. Mts., wurde hier ein Missions- und Gemeindefest gefeiert. Vormittags war Missionsfestgottesdienst in der Kirche. Die Liturgie hielt der Ortsgeistliche, Pastor Magoll, die Festpredigt der Pfarrer Giesel aus Dobrzyca, Kreis Krotoschin, ein früherer Missionar. Nachmittags von 3 Uhr ab bis in den späten Abend wurde im Pfarrgarten gefeiert. Pastor Magoll hielt die Begrüßungsansprache; Pastor Grothaus aus Rokitnica, Kreis Samter, redete evangelistisch; Pfarrer Giesel hielt einen Vortrag über die Mission in China. Alles war umrahmt von Chorgesängen, Deklamationen und Gemeindegesängen. In einer längeren Pause war Gelegenheit gegeben zu Erfrischungen mit Kaffee, Kuchen, Kirschen. Auch eine Verlosung, Jugend- und Kinderspiele wurden veranstaltet, Missionsschriften wurden verkauft. Die Festfeier brachte einen Ertrag von nicht weniger als 1 173 000 M.

* Thorn, 9. Juli. Stadtrat a. D. Gustav Gerson, einer der bedeutendsten Industriellen Thorns, ist am 6. d. M. im 68. Lebensjahre an Herzschlag verschieden. Er war ein gebürtiger Bromberger und hatte in seinen jungen Jahren in Hamburg und in Rußland seine kaufmännischen Fähigkeiten erworben und gründete 1887 hier unter der Firma „Thorner Dampfmühle Gerson u. Co." ein Mühlenunternehmen, das sich aus kleinsten Anfängen heraus schnell zu einem der maßgebendsten des damaligen deutschen Ostens emporarbeitete. — In einer Arbeitnehmerversammlung am Donnerstag wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, auf folgende Bedingungen hin: Anerkennung des Graudenzer Schiedsspruchs vom 1. Juli, Handwerker erhalten 45 Prozent, Arbeiter 40 Prozent Zulage auf den alten Tarif, Bauarbeiter noch weitere 20 Prozent. Freitag früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen, mit dem Vorbehalt, daß alle Streikenden wieder angestellt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei Todesurteile gegen Banditen.

□ Lublin, 9. Juli. Heute vormittags 11½ Uhr hat das Bezirksgericht das Urteil gegen die Joruńbande gefällt. Die Bande hatte eine Reihe von Überfällen auf reisende Kaufleute in der Nähe von Lublin verübt. Die drei Banditen Władysław Joruń, Andrzej Stanisławka und Lucjan Paplacz wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt, während über die beiden übrigen Banditen Fijałkowski und Głowacki fristloses Gefängnis verhängt wurde. Die Verteidigung soll an den Staatspräsidenten ein Gnadengesuch eingereicht haben.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Eine Antwort aus Hausbesitzerkreisen zu den Mietssteigerungen.

Da auf das „Eingesandt" des Mieters in Nr. 149 des „Pos. Tagebl." keiner der zahlreichen Hausbesitzer bisher das Wort ergriffen hat, erachte ich es für meine Pflicht, zum Artikel „Die Mietssteigerungen" im Namen recht vieler Hausbesitzer doch die Schattenseiten der Lage der Hausbesitzer und die günstige Lage des Mieter in einigen Grundzügen darzulegen.

Es kommt mir nicht darauf an, festzustellen, ob die durch das beabsichtigte neue Mieterschutzgesetz, das sich seit einigen Wochen im Sejmausschuß zur Durchberatung befindet, festzusetzenden Sätze eine Verzehn- oder Verhundertfachung der bisherigen Mieten darstellen, sondern hauptsächlich darauf, wer diese Mieten wird zahlen können. Zweifellos werden selbst die im Regierungsentwurf auf der 15prozentigen Złotywährung beruhenden Sätze im Falle ihrer unveränderten Annahme durch den Sejm aufbringen können: die große und kleine Kaufmannschaft, die arbeitende Intelligenz und freien Berufe, die eine ihren Einkommensverhältnissen entsprechende Wohnung besitzen, Professionisten aller Berufe, sowie Staats- und Kommunalbeamte, vorausgesetzt natürlich, daß sie eine ihrem Stande oder Einkommen entsprechende Wohnung besitzen. Es bleiben nur noch übrig der kleine Mann, der Eisenbahner ohne Beruf, der Arbeiter; diese alle besaßen vor dem Kriege für gewöhnlich eine Ein- bis Zweizimmerwohnung. Namentlich für diese Kleinen will ich ein anderes Rechenexempel zur Errechnung der künftigen Mieten aufmachen, als es der eingesandte Mieter getan hat.

Eine Einzimmerwohnung kostete 20 bis 25, eine Zweizimmerwohnung in Hofe 23 bis 30, zwei Zimmer Frontwohnung 30 bis 40 Mark. Da der Złoty gegenwärtig auf 17 000 Mk. steht, auch gegenwärtig keine steigende Tendenz für den Złoty besteht, ist es verfehlt, mit Złotysätzen zu 20 000 Mk. und noch höher zu operieren. Nach dem gegenwärtigen Stande von 17 000 Mk. würde die monatliche Miete kosten bei

a) 20 Mk. = 24.60 Złoty mal 15 % = 36.900 Mkp.
b) 25 „ = 30.75 „ „ „ = 46.120 „
c) 30 „ = 36.90 „ „ „ = 55.350 „
d) 35 „ = 43.05 „ „ „ = 64.580 „

Hierzu kommen die Nebenleistungen, die für kleine Wohnungen gegenwärtig in der ganzen Stadt kaum 10 000 Mk. im Monat betragen.

Von solchen Beträgen kann man doch wahrlich nicht sagen, daß sie hoch wären oder nicht gezahlt werden können; der Wirt kann sich dafür in den Fällen zu a—d 2¼ bis 4 Pfund Butter oder 3 bis 5½ Pfund Rindfleisch kaufen.

Wenn nun der einsendende Mieter wünscht, daß es heißen müßte, erst Lohnerhöhung, dann Mietserhöhung, dann will ich ihn mit diesem zusammen feststellen, um wie viel sich seit dem 1. Januar 1921, dem Tage des Inkrafttretens des alten Gesetzes, seine Einkommensverhältnisse gebessert haben, sowie um wie viel er, wie alle anderen Mieter, dem Hauswirt an Miete seitdem mehr bewilligt hat.

Zweifellos würde die Mietserhöhung den Mieter schwer treffen, sobald er eine seiner Lebensstellung bzw. seinen Erwerbsverhältnissen nach zu große Wohnung besitzt. So kenne ich zum Beispiel Arbeiter, die, trotzdem sie in Westfalen oder Berlin eine Ein- bis Zweizimmerwohnung besaßen, hier bei uns eine solche von drei bis vier Zimmern besitzen, wohlgemerkt bei unveränderten Erwerbsverhältnissen. Diesem Übel wäre aber leicht abzuhelfen dadurch, daß diese Mieter ihre Wohnungen mit wirtschaftlich leistungsfähigeren Mietern eintauschen.

Im Jahre 1914 haben sich, bei uns wenigstens, Arbeiter solchen Luxus nicht geleistet, desgleichen haben Witwen pensionierter Beamter ihre Zimmerzahl stets verringert, während heute diese erst wohl die Erhöhung der Mieten dazu zwingen würde.

Statt von Erpressung der Hausbesitzer zu reden, wäre es für den Mieter angebrachter, zu erwägen, welchen Betrag er tatsächlich von seinem Monatseinkommen dem Hauswirt in Bruchform seines Einkommens bewilligen könnte. Wenn ich bedenke, daß der kleine Mieter, Beamte Arbeiter, im Jahre 1914 ein Sechstel bis ein Fünftel seines Monatseinkommens für die Wohnung zahlte, sogar zahlen mußte, trotzdem es in ganz Posen 500 leerstehende Wohnungen gab, so stehen die oben errechneten Beträge im Vergleich zu ihren gegenwärtigen Löhnen nicht in demselben Verhältnis. Und sollten die in der Regierungsvorlage projektierten Sätze ohne Schmälerung angenommen werden, so stellen diese einschl. der Nebenleistungen etwa den 15. bis 25. Teil ihres Einkommens dar, in keinem Falle jedoch über den 10. Teil hinaus.

Den früheren Erwerbspreis zum jetzigen Wert des Grundstücks als Grund der Nichtbewilligung von höheren Mieten durch die Mieter ins Treffen zu führen, halte ich für ganz verfehlt, da mit demselben Recht der Verbraucher das aus vorjährigem Roggen gebackene Brot zum Roggenpreise des letzten Herbstes verlangen müßte.

Daß aus der gesetzmäßig seit 2½ Jahren nicht geregelten Mietszinszahlung das Verhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter nur bei uns in unserem Vaterlande kein beneidenswertes ist, ist nicht unsere Schuld. So hat Oberschlesien allen voran mit dem 1. April ein neues Mieterschutzgesetz erlassen, nach dem die Miete 500 mal erhöht wurde, während Danzig mit dem 1. Juni das 700fache eingeführt hat; die Berliner haben mit dem 1. Juli an Auflagen und Zuschlägen für die Stadt und den Staat zusammen rd. das 800fache zu zahlen. Auf diese Weise hat man die Lage der Hausbesitzer etwas gemildert, während bei uns schon 2½ Jahre vergangen sind, ohne daß in dieser Hinsicht etwas getan wurde. Und dann wundert man sich, wenn dem Hausbesitzer bei diesen anormalen Verhältnissen die Geduld ausgeht? Daß der Mieter immer noch auf die alten Mieten von anno dazumal pocht, wenn er, etwas über den höchsten Kurs hinausgehend — sagen wir mal tausend — statt vielleicht 25 000 bis 35 000 Mk. für eine Zweizimmerhofwohnung nur 1—3000 Mk., für eine Zweizimmerfrontwohnung statt 30—40 000 Mk. bisher 4—9000 Mk. zahlt?

Und nur solche kleinen Mieter besitze ich und wir alle hinter dem Wildaer Markte. Ist da das Los eines Hausbesitzers beneidenswert? Genießt der Mieter beim Fleischer oder Bäcker auch einen sogenannten Verbraucherschutz? Das ist kein Mieterschutz mehr, vielmehr eine direkt strafbare Anwendung eines in der Praxis nicht mehr anzuwendenden sowie gegen die guten Sitten verstoßenden Gesetzes!

Zum Schluß nehme ich noch Bezug auf durchaus zutreffende Bemerkungen zweier Tageszeitungen: des „Tageblattes", wonach „man es zweifellos verstehen kann, daß den Hausbesitzern angesichts des Umstandes, daß usw., die Geduld ausgeht"; ferner des „Kurjer Pozn.", wonach „niemand bestreiten wird, daß die bisher geltenden Vorschriften über den Mieterschutz nicht den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechen, daß die Lage der Hausbesitzer tatsächlich schwierig ist" usw.

Auch die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich mit der Mietersache, und in ihrer Sitzung vom 28. Juni erklärte der Stadtpräsident Ratajski, daß zur Verengung des Tätigkeitsfeldes, namentlich der städtischen Finanzen, in erster Linie das Mieterschutzgesetz beigetragen habe, dies Gesetz, das für die Stadt geradezu ein Unglück sei, daß das Budget der städtischen Grundstücke den Löwenanteil der Einnahmen der Stadt ausgemacht habe.

Ich nehme Bezug auf die vom Stadtv. Bedinger beantragte und beschlossene Entschließung, nach der die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Posen den Sejm bittet, daß die Arbeiten an dem neuen Mieterschutzgesetz noch vor den Ferien beendet werden. Mit anderen Worten: unserer Stadt ist das neue Mieterschutzgesetz mit seinen neuen Normen zur Sanierung ihrer Finanzen unbedingt und baldigst erforderlich, auf daß nicht wie bisher drei Viertel aller Einwohner der Stadt direkt umsonst und zu Lasten und unermeßlichem Ärger der Hausbesitzer wohnen.

Es wäre somit nicht nur zu wünschen, daß eine neue, den Teuerungs- wie den Erwerbsverhältnissen entsprechende, gerechte Mieterschutznovelle das Licht des Tages erblickt, sondern ihre Wirksamkeit mit dem 1. Juli nach zweieinhalbjährigem Schlaf antritt.

Ein Hausbesitzer von Wilda im Namen vieler.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Exportschwierigkeiten durch die Devisenverordnung.** Vorgestern sprachen im polnischen Handelsministerium Vertreter der Textil-, Kohlen-, Holz- und Hüttenindustrie vor, die die ernste Lage der ausführenden Firmen schilderten. Es zeigte sich, daß der genaue Inhalt der Verordnung nicht einmal der P. K. K. P., geschweige denn den übrigen zuständigen Behörden bekannt sei. Die Situation sei außerordentlich ernst: so sei zum Beispiel die Kohlenausfuhr vollkommen stillgelegt. Die Vertreter konnten vom Finanzminister Linde selbst nicht empfangen werden. — Die Industrie wird die schwierige Lage, in der sie sich befindet, in ausführlichen Memorialen niederlegen.

≡ **Oberschlesische Banken, die Devisen kaufen dürfen.** Der polnische Finanzminister hat eine Verordnung herausgegeben, in der die Banken aufgezählt werden, welche in und außerhalb Oberschlesiens das Recht des Devisenankaufs haben. Es handelt sich um folgende Banken: Die polnisch-französische Bank, Sektion Kattowitz, die Warschauer Handelsbank, Die Schlesische Bank in Kattowitz, Bank der Vereinigten Genossenschaften, Abteilung Kattowitz, Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Oberschlesische Industriebank, Abteilung Kattowitz, Schlesische Industriebank in Bielitz, Abteilung Kattowitz.

Handel.

♂ **Vom polnischen Flachsmarkt** wird uns aus Warschau geschrieben: Zu Ende der Saison steht man hier einem Markt von fester Tendenz und erschöpften Vorräten gegenüber. Die Produzenten aus den Ostprovinzen verfügen noch über gewisse Vorräte geringerer Qualität, die schwer auf den Markt zu bringen sind. Der Bedarf ist enorm gestiegen, da die Werke Vorräte für die tote Saison anlegen. Kleine Unternehmen führen mit Erfolg kleinere Partien Flachs auf illegalem Wege nach dem Auslande aus. Der polnische Flachs besitzt auf den ausländischen Märkten einen guten Ruf. Der nach London exportierte russische Flachs erwies sich als schlecht sortierte Ware und entsprach nicht den Forderungen, die man zu stellen gewohnt ist. Die Leinenwerke stellten die Ware zur Verfügung oder annullierten die Kontrakte. Rohflachs wurde im Kreise Wolczynsk mit 130 000—180 000, Flachs aus dem Kreise Glebock mit 115 000—150 000 M. je Pud notiert. Auf halbgekämmten Flachs kam ein Aufschlag von 25 Prozent, in Warschau auf gekämmten Flachs ein solcher von 50 Prozent. Hanf wurde in den nördlichen Rayons mit 150 000—200 000 M. notiert, in Ostgalizien konnte man jedoch gröbere und feinere Gattungen weit billiger haben.

♂ **Das polnisch-oberschlesische Kohlenkontingent für die Schweiz.** Nach dem neuesten Übereinkommen zwischen Polen und der Schweiz werden aus Polnisch-Oberschlesien in den kommenden Herbst- und Wintermonaten mindestens 20 000 Tonnen Kohlen monatlich in die Schweiz versandt werden. Bisher betrug der monatliche Versand aus Oberschlesien in die Schweiz im Durchschnitt 12 000—15 000 Tonnen pro Monat.

Industrie.

⊙ **Die polnisch-oberschlesische Steinkohlenförderung.** Die Steinkohlenförderung belief sich in der Woche vom 18. bis 24. Juni, dem „Industrie-Kurier" zufolge, bei einer fördertäglichen Leistung von 80 978 To. (Vorwoche 81 721 To.) an 6 Fördertagen auf insgesamt 485 870 To. (6 Fördertage 490 326 To.). Davon verblieben innerhalb Polnisch-Oberschlesiens 147 053 To. (147 467). Nach dem übrigen Polen gelangten 99 986 To. (95 129), nach Deutsch-Oberschlesien 58 216 (58 810), nach dem übrigen Deutschland 171 713 To. (168 323), nach Deutschösterreich 39 568 To. (47 642), Tschechoslowakei 9174 To. (7532), Ungarn 5535 To. (7248), Danzig 3440 To. (4005), Schweiz 4828 To. (2914), Schweden 758 To. (1206), Memel 324 To. (216), Litauen 303 To. (124), Italien 155 To. (30), Südslawien 335 To. (601), Rumänien 1666 To. (204), Dänemark 1155 To. (—). Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche: 240 445 To. (290 757). Die Wagengestellung war vollkommen regelmäßig. Es konnten alle 45 094 Waggons gestellt werden.

Wirtschaft.

♀ **Das Oganisationsstatut des Tabakmonopols** macht aus dem Tabakmonopol ein besonderes Staatsunternehmen, das unter dem Namen „Polski Monopol Tytuniowy" fungiert. Die neue Monopolorganisation verfolgt den Zweck, der Institution zu ermöglichen, das Unternehmen auf Handelsgrundsätzen zu führen, wie es das Gesetz vom 1. Juni 1922 vorsieht. An der Spitze des Monopols steht ein leitender Direktor, dem ein Beirat beigegeben ist, der sich aus Delegierten des Finanzministeriums, der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zusammensetzt. Eine der wichtigsten Aufgaben des so organisierten Tabakmonopols wird die Hebung des einheimischen Tabakanbaus sein, um durch den Verbrauch eigener Tabakprodukte die Ausfuhr von Auslandsvaluten als Bezahlung für fremde Rohstoffe zu verringern. Die Güte des Tabaks soll an einigen Stellen der Güte mittlerer Gattungen mazedonischen Tabaks nicht nachstehen. Das Tabakmonopol wird, um den Grundbesitz zu intensiverem Anbau zu ermuntern, Plantationsvorschüsse gewähren.

Von den Banken.

△ **Allgemeiner Bankverein in Polen.** Die konstituierende Generalversammlung des Allgemeinen Bankvereins in Polen (Société Générale de Banque en Pologne), welcher die Weiterführung der Geschäfte der polnischen Zweiganstalten des Wiener Bankvereins übernimmt, fand am 30. Juni 1923 in Krakau statt. Das neue Institut, welches vorerst mit einem Aktienkapital von 1 Milliarde Polenmark und einem Reservefonds von 250 Millionen Polenmark ins Leben tritt, wird demnächst seine Hauptanstalt in Warschau errichten. Die Generalversammlung ermächtigte den Verwaltungsrat, das Aktienkapital auf einmal oder sukzessive auf 3 Milliarden Polenmark zu erhöhen. Der Verwaltungsrat, welchem in der Majorität Persönlichkeiten der polnischen Finanz- und Industriewelt, nebst den Vertretern des Wiener Bankvereins, der Banque Belge pour l'Etranger und der Basler Handelsbank angehören, wählte den ehemaligen Minister Dr. Władisław Stesłowicz zum Vorsitzenden.

Von den Aktiengesellschaften.

R. Barcikowski. Poznań T. A. gibt im M. P. 152 bekannt, daß die Generalversammlung am 31. Juli 1923, vormittags 11 Uhr in den Geschäftsräumen des Unternehmens, ul. Składowa 13/18 stattfinden wird. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch eine Kapitalserhöhung.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	9. Juli	6. Juli
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	10 000	10 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	10 000—11 000 —10 500	11 000—10 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	29 000	27 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	13 000	13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2600	2700—2800
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	1350	1300—1350
Bank Młynarzy	2000—1950	2000
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) . .	18 000	18 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	25 000—23 000	20 000—22 000
Bydgoska Fabryka Mydel I. Em. .	5000	5000
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	6500—6000	—,—
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	75 000	70 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	8000—9000	8000
H. Cegielski I.—IX.	7000—7200	7000-6700-6800
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	10 000	—,—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em. (ohne Bezugsr.)	4500	—,—
Goplana I.—II. Em.	14 000	—,—
Cukrownia Zduny I.—II. Em. . .	—,—	150 000
C. Hartwig I.—V. Em.	4800—5000	4800—5000
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	77 500—80 000	75 000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	1900	1600
Hurtownia Skór I.—III. Em. . . .	5000	5000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	26 500—28 000	24 000—25 000
Iskra I.—III. Em.	35 000—45 000	25 000—28 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	300 000-330 000	275 000-280 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	110 000-130 000	120 000-115 000
Pneumatik	3300—3200	3100
S. Pendowski I. Em.	11 000—11 500	11 000
Płótno I.—II. Em. ohne Bezugsrecht	5 000	16 000—15 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	9500—9000	8500
Patria I.—VIII. Em.	9000-10500-10000	9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	26 000—24 000	21 000—20 000 —21 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	33 000	20 000—30 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	45 000	45 000
Sarmatia I.—II. Em.	13 500	12 000
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	12 000—12 500
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	42 000—45 000	39 000—40 000 —39 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	15 000—16 000	15 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	55 000	54 000—55 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	3200—3500	3400—3200
Wyroby Ceramiczne I. Em.	—,—	33 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	36 000	38 000—36 000

Warschauer Vorbörse vom 10. Juli.

Deutsche Mark in Warschau 0,40
Dollar in Warschau 109 500 Geld, 110 000 Br.
Englische Pfund in Warschau 502 000
Französischer Franken in Warschau 6360
Schweizer Franken 18 750

Warschauer Börse vom 9. Juli.

Devisen.

Belgien	5375,	Paris . .	6440,
Berlin	0,54,	Prag . .	3350,
Danzig	0,54,	Schweiz .	18 850,
London	506 400,	Wien . .	1.49,
Neuyork	111 000,	Italien .	4675.

Danziger Mittagskurse vom 10. Juli.

Die polnische Mark in Danzig 160
Der Dollar in Danzig 265 000

Berliner Börsenbericht

vom 9. Juli.

Disk.-Komm.-Anleihe	750 000.—	Polnische Noten	112.—
Danz. Priv.-Aktienbank	250 000.—	Auszahlung Holland . .	70 600.—
Hartmann Masch.-Akt.	600 000.—	„ London .	820 000.—
Phönix	1 850 000.—	„ Neuyork .	180 000.—
Schuckert	1 950 000.—	„ Paris . .	10 300.—
Hapag	1 660 000.—	„ Schweiz . .	30 800.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau	115.—		